

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (sonst an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die flinsgespaltene Petizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Sonnabend, den 21. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reaktionäre Hochflut.

Eine Hochflut reaktionärer Gesetzesmacher ist über das Deutsche Reich her eingebrochen. An den verschiedensten Stellen, unter den verschiedensten Vormünden arbeitet man mit siebenfachem Eifer daran, die gesetzlichen Mittel gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse zu stärken. Überall werden Fallen gestellt, Schlingen ausgeworfen, und selbst bei ganz harmlos schenenden Vorlagen ist schärfstes Mißtrauen am Platze, um zu verhindern, daß es dem Gegner gelinge, der verhexten Arbeiterbewegung ganz unversehens etwas am Zeuge zu flicken. Die Zahl der scharfmacherischen Projekte und Projektchen wird bald so groß, daß man sich nicht mehr durchfindet, ohne sie zu numerieren. Wir verzeichnen als Nummer eins: das drohende *Knebelgesetz* gegen die Presse, die berüchtigte *lex Wagner*, die infolge eines unredlichen Manövers der Rechten ohne Debatte unvermarkt in zweiter Lesung angenommen worden ist und nun der endgültigen Entscheidung in der dritten Lesung harrt. Dort wird das Schicksal des Gesetzes von den Nationalliberalen und dem Zentrum abhängen; wenn sich diese Fraktionen ganz oder zum größten Teil der Rechten anschließen, dann wird die *lex Wagner* Gesetzeskraft erlangen und eine neue, schwärzesten Verfolgung der oppositionellen Presse, besonders also der sozialdemokratischen, wird damit einsetzen. Der Zweck des Gesetzes wird allerdings nicht erreicht werden. Der Versuch, die sozialdemokratische Presse durch Schärfung mittels hoher Geldstrafen wegen angeblicher Beleidigung zum Weißbluten zu bringen, wird scheitern, in hauptsache an der finanziellen Widerstandskraft dieser Presse und der hinter ihr stehenden Arbeiterschaft. Ja, wenn etwas geeignet ist, die Spannkraft der Arbeiterpresse und die Hingabe der arbeitenden Massen an die hohen Aufgaben ihrer Presse noch zu steigern, so ist es dieses gesplänkte Attentat auf die Pressefreiheit, das nur zutande kommen kann, wenn die bürgerlichen Mittelparteien der scharfmacherischen äußersten Rechten ihre Unterstützung leihen. Eine Verschärfung der Gegenfänge des politischen Kampfes, eine starke Zunahme der Erbitzung der Massen wird die unvermeidliche Folge sein. Das mögen die Parteien bedenken, die bereit zu sein scheinen, die Härten der preußisch-deutschen Klassenjustiz zu vermehren, die Verfolgung der freien Presse zu verschärfen, den Übermut der herrschenden Junkerkaste zu steigern.

Nummer zwei, die Reichsversicherungsordnung soll nach den neuesten Ankündigungen unbedingt noch vor den Wahlen in den Hafen gebracht werden. Das Zentrum ist bereit, der Regierung und den Scharfmachern jedes Zugeständnis zu machen. Von einer Selbstverwaltung der Landkrankenkassen ist nicht mehr die Rede. In den übrigen Krankenkassen werden die Beiträge gehästet, und die Arbeitgeber werden auf diese Weise aus der Verwaltung hinausgeworfen. Die „Kreuzzeitung“ konnte schon am letzten Sonntag triumphierend mitteilen, daß sie ihre Freunde vom Zentrum jetzt sowohl hätte und daß an dem Zustandekommen der Versicherungsordnung in der scharfmacherischen Fassung der Regierung kein Zweifel mehr bestehen könne. Am Mittwoch hat sich allerdings das Zentrum das billige Vergnügen geteilt, zu befürchten, daß die Vorstände der Landkrankenkassen zu zweit Dritteln aus Arbeitnehmern und nur zu einem Drittel aus Arbeitgebern bestehen sollen, aber diese Vorstandsmitglieder werden ja nicht von den Kassenzugehörigen gewählt, sondern vom Gemeindeverband ernannt. Da der Gemeindeverband nun in neunundneunzig von hundert Fällen nichts weiter ist als die Vertretung der ländlichen Arbeitgeber, so wird in Wirklichkeit der ganze Landkrankenkassenvorstand von den Arbeitgebern gestellt werden, und zwar zu einem Drittel aus den eigenen Reihen, zu zweit Dritteln mit Statisten aus dem Arbeiterstande. Die Beibehaltung der Drittteilung bei den Landkrankenkassen im Gegensatz zu den übrigen Krankenkassen, bei denen man sich auf die Hälftestellung einzigen will, ist weiter nichts als ein frecher Witz, eine Verhöhnung der Arbeiterklasse. Wie es scheint, nimmt das Zentrum jetzt gar keine Rücksicht mehr auf seine christlichen Arbeitervähler, weil es auf deren Absall und ihren Übergang zur Sozialdemokratie sicher regnet. Und so handelt es nach dem bewährten Grundsatz der Schwindler und berufsmöglichen Bankrotteure: „Mit dem Ruf erst ruiniert, lebst du gänzlich ungemein.“

Nummer drei, die Strafprozeßordnung. Vor Schluss der Staatsdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus, die mit einer ausgezeichneten, scharfen Rede unsres Genossen Leinert ihren Abschluß fand, machte der Justizminister Beseler einen Vorstoß in dieses Gebiet der

Reichsgesetzgebung, indem er die preußischen Abgeordneten aufforderte, bei ihren Parteigenossen im Reichstag auf eine prompte Erledigung der reaktionären Strafprozeßreform hinzuwirken. Der Herr Minister weiß von der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die vom Gericht moralisch verurteilten Polizisten nichts zu berichten, er sieht auch keine Notwendigkeit, den gesetzlichen Schutz der Bürger gegen postzessische Ausschreitungen zu stärken, sondern die einzige Folgerung, die er aus dem Maßstab Prozeß zieht, ist die, daß eine derartige Beweisaufnahme, die die Wahrheit an den Tag bringt, nicht wieder vorkommen kann. Darum richtet Herr Beseler, Herrn Dahlwitzens würdiger Kollege, an die preußischen Abgeordneten das Eruchen, bei den Reichstagsfraktionen ihrer Parteien auf eine Einschränkung des Rechts der Verteidigung hinzuwirken.

Der preußische Justizminister mag bei dieser Aufforderung an das bekannte Wort des Grafen Posadowsky gedacht haben, daß ein und dieselbe Partei in ihren verschiedenen Fraktionen verschieden handelt, je nachdem diese Fraktionen nach dem Reichstagswahlrecht oder nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt werden. Die Dreiklassenherren sollen nun ihren Parteigenossen im Hause des allgemeinen Wahlrechts, denen allein vielleicht doch der rechte Mut dazu fehlt, in ihren reaktionären Absichten den Alten stärken. Wie hier ist ja ganz allgemein Preußen, Dreiklassenpreußen, der Führer und Anführer jener Massen- und Schnellfabrikation reaktionärer Gesetze, wie sie zurzeit im Reichstage getrieben wird. Nur der Kampf gegen das preußische Dreiklassensystem läßt die mannigfachen Arten, an denen wir im Reiche leiden, radikal an ihrer gemeinsamen Wurzel.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag wurde auch am Freitag mit der Reichsverzweigungsliste nicht fertig, obwohl er geschlagene 6½ Stunden tagte. Die Verwirrung, die während dieser schwierigen Beratung im Hause herrschte, erreichte an diesem Tage den Gipfel. Trotzdem bot dieser Tag ein erfreulicheres Bild als die vorhergegangenen. Es gelang der Linken, die eingedenkt der neulichen Überrumpfung sehr zahlreich erschienen waren, zwei nicht unwesentliche Siege zu erzielen. In dem Wirrwarr der vergangenen Tage war in geschäftsordnungswidriger Weise ein nationalliberaler Verschlechterungsantrag angenommen worden. Die Abstimmung mußte wiederholt werden, und ergab nunmehr die Ablehnung, obwohl Konservative, Reichspartei, Zentrum und Nationalliberalen dafür stimmten.

Weit wichtiger waren die Vorgänge bei dem § 22. Die Regierungsvorlage hatte unerhörte Weise die Fürsten von Gottes Gnaden mit der Befreiung von der Wertzumachssteuer begnadet, die Kommission aber sehr berechtigterweise diese Steuerbegnadigung gestrichen. Der bei solchen Gelegenheiten fällige konervative Wiederherstellungsantrag stellte sich mit der Regelmäßigkeit einer Frühlingschwälbe ein und mit derselben Regelmäßigkeit erfolgte der seit Gründung des Schnapsblocks obligatorische Zentrumsfall. Soweit verließ alles programmatisch. Und daß auch ein Teil der Nationalliberalen sich dem Byzantinerblock beigeistete, war auch gerade keine überraschende Neuerung. Eher möchte es überraschen, daß die geknieten Polen sich nur dazu aufschwangen, vor der Abstimmung den Saal zu verlassen. Aber die Antisemiten spürten augenscheinlich das Bedürfnis, Mäntnerstolz vor Königsthronen zu markieren, und der alte Müller-Fulda vom Zentrum scheint auch nicht mehr geschmeidig genug zu sein, um auf jeden Wink der Parteidörfern jeden Umschall mitzumachen. So ergab sich denn für den konservativen Verschlechterungsantrag eine Ablehnungsmehrheit. Darüber entstand ein wahres Wutgeheul bei den gescheiterten und tonsurierten Byzantinern. Sie verlangten ganz naiv von ihrem präferierenden Spahn, die Abstimmung solange wiederholen zu lassen, bis sich eine Fürstenmehrheit zusammenfände. Erst leistete Herr Spahn Widerstand, dann aber wich er dem Geschrei der Schwarz-Blauen und wollte allen Ernstes auf Majoritätsbeschluss eine geschäftsordnungsmäßig anzutanegekommenne Abstimmung wiederholen lassen. Da ergab sich, vom nationalliberalen Bassermann und vom Fortschritts-Moermann unterstützt unser Genosse Singer und brandmarkte mit wuchtigen Worten die Lust der Schwarz-Blauen, mit ihren ungeliebten Führen auf der Geschäftsordnung herumzutrampern und die hemmlebenswerte Schwäche Spahns gegenüber solcher Vergewaltigung. Da begann dann endlich auch dem Schnapsblock vor den Folgen seines geschlossenen Tuns zu bangen. Zuerst trat Bassermann, dann Kurfürst Hobrecht der Aufschaltung

der Linken bei, und dann desavouierte der konservative bürgerliche Jurist Dietrich die gräßliche Westarpische Attacke auf die Geschäftsordnung. Herr Groeber unternahm noch einen zahmen Versuch, auf mildernde Umstände für Herrn Spahn zu plädieren, worauf Genosse Südekum in ein paar kräftigen Sägen das Fazit dieses Vorganges zog.

Der Blaspräsident hat mindestens Miene gezeigt, an der Geschäfte rütteln zu lassen, als Vorspann beim Umsturz der Geschäftsordnung zu dienen; aber der Linken ist es gelungen, schließlich das ganze Haus auf dem Boden der Geschäftsordnung zu vereinigen. — Über die sonstigen Vorgänge verweisen wir die Leser auf den Bericht Wacker, aber nicht immer erfolgreich, kämpften die Genossen Singer, Brühne, Binder und Südekum für Verbesserungen und gegen Verschlechterungen. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

Der Steueranstand der Standesherren.

Das Wertzumachssteuergesetz läßt in seinem § 56 neben den Landesfürsten auch den hohen Adel, die sogen. deposedierten Familien, letztere mit einer geringen Beschränkung, steuerfrei. Das paßt den deutschen Standesherren nicht; sie erblicken darin den Ausdruck einer Rechtsungleichheit und erheben durch ihre Organisation beim Reichstage nachdrücklich Protest. Die Protesterheber sind in dem Verein der deutschen Standesherren organisiert, ihr Vorsitzender ist der Fürst zu Stolberg-Wernigerode. Der Protest wendet sich gegen die Vorzugsstellung der Deposedierten vor den Standesherren, denn der ganze Unterschied besteht nur darin, daß die Standesherren 60 Jahre früher als die Deposedierten ihre Souveränität verloren hätten. Die Standesherren verlangen, daß die Steuerfreiheit der Deposedierten beseitigt werde. Weil sie aber wissen, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages nicht dafür zu haben ist, und weil sie wohl auch nicht in den unerhörten Verdacht kommen sollen, sich etwa gar zum Steuerzahlen zu drängen, haben sie ihrem bereits erwähnten Antrag noch einen Eventualantrag angefügt. In diesem Antrage verlangen sie auch für sich Steuerfreiheit, wenn sie den Deposedierten gewährt werde.

Das scheint den deutschen Standesherren die Hauptfache zu sein. Das Verlangen selbst ist freilich ein starkes Stück. Wie käme das Reich dazu, einer bestimmten Kaste steuerliche Vorrechte einzuräumen, nur deshalb, weil deren Vorfahren vor mehr denn 100 Jahren über Städte „regiert“ haben, die oft kaum dem Umfang einer Kleinstadt gleich kamen! Wir verlangen, daß nicht nur die Deposedierten, sondern auch die Landesfürsten zu allen Steuern herangezogen werden. Der Versuch der sogenannten Standesherren, für sich ein Vorrecht herauszuschlagen, verdient als Zeichen der Zeit festgenagelt zu werden.

Der verlegnete Fuselblock.

In einer Notiz über die bevorstehende Reichstagswahl im Kreise Mainz-Lindau leistet sich die „Kreuzzeitung“ in ihrem Jörn über die liberale Wahlparole: „Auf Ihr Liberalen, ohne Unterchied der Farbung, gegen den schwarzblauen Block, den Bund der Junker und des Zentrums!“ den allerdings nicht mehr ganz neuen Scherz, den Fuselblock zu verlegen. Mit der Miene tief gekränkter Unschuld schreibt das Blatt:

Gebliche Männer würden sich schämen, auch jetzt noch, nachdem das Gegenteil blödig erwiesen ist, von einem Bunde der Junker und des Zentrums und davon zu sprechen, daß Junctum und Zentrum miteinander die Herrschaft führen. Aber wo ist das Schamgefühl der Liberalen geblieben? Sie hegen und verdächtigen darauflos. Und wenn sie rot und immer röter werden, so ist das nicht Schamröte, sondern der Widerschein von links her, wo die „Genossen“ schon vor den geöffneten Scheuern stehen, um die aus der liberalen Aussaat ihnen zugeschwemmte Ernte einzufahren.“

Viel interessanter wäre die Antwort auf die Frage, wo das Schamgefühl der Konservativen geblieben ist, daß sie mit so eiserner Stirn ihr eigenes Werk, den Schnapsblock, verlegen.

„Hansabund-Kriegswagen“.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ erzählt liebliche Märchen von dem „roten Golde des Hansabundes“. Von einem Augenzeuge des Kampfes in Fabian-Böhla wird berichtet, daß die Lust im ganzen Wahlkreis durch die Benzindämpfe des „Hansabund-Kriegswagens“ verpebelt war. Unsere Automobilfabriken werden wohl schon mit siebenfachem Eifer arbeiten, um alle für die allgemeinen Reichstagswahlen von dieser Seite angeforderten Kriegswagen herzustellen zu können. Noch anstrengender aber als diese Methode der Automobilbeförderung zum Wahllokal will uns die Massen annehmen von Wählern, oder, wie man sagte: „Schlepper“ erscheinen. Der Schleier, der über dieser hier geäußerten

der Stimmenvermehrung liegt, müßte sich doch so lüften lassen, daß es den Hansabündern verloren wird, bei den allgemeinen Wahlen die ungezählten Millionen ihres Wahlfonds in gleicher Weise anzulegen."

Der "Staatsbürger-Zeitung" erscheinen die "ungezählten Millionen" der Hansabünder natürlich nur deshalb so auffällig, weil sie "international-moderne", sol heißen jüdische Opferwilligkeit hinter diesen Schügen wittert.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die Befreiung der Interpellation über landrätsche Übergriffe zu Ende geführt. Genau wie die Konservativen sprachen auch die Freikonservativen und das Zentrum den Landräten und dem Minister des Innern ihr Vertrauen aus und auch der nationalliberale Abg. Dr. Friedeburg konnte sich nicht zu einer Beurteilung der Landratswirtschaft in Preußen entschließen. Man merkte ihm deutlich an, wie sehr er sich bemühte, allen Seiten gerecht zu werden, um es im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf mit keiner Partei zu verderben. So hielt er denn eine der bekannten Einerseits-Andererseits-Reden. Desto schärfer gingen die Redner der Linken mit den Landräten ins Gericht. Der Däne Nissen klagte über die Behandlung der Dänen durch die Regierung. Abg. Gysling unterstrich die gestiften Ausführungen seines Freundes Lipmann und seiner Genossen Lederer in einer großzügigen Rede ein anschauliches Bild von der Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Während der Rede unseres Genossen ergingen sich die Sunker fortgesetzte unqualifizierbaren Zwischenrufen. Der Präsident von Kröcher schritt aber nicht gegen die konservativen Ruhesitzer ein, sondern wandte sich gegen unsere Parteigegnern, die die Rufe erwiderten. Dem Genossen Hoffmann rief er bei dieser Gelegenheit zu: "Ich nehme Sie in diesem Falle nicht ernst." Genosse Hoffmann nahm das Wort zur Geschäftsordnung und nannte das Verhalten des Präsidenten eine Unverschämtheit. Herr v. Kröcher antwortete, wenn die Zeit nicht so weit vorgeschritten wäre, würde er Hoffmann aus dem Saale entfernen lassen.

Am Sonnabend stehen die Interpellation und die Anträge wegen der Winzernot auf der Tagesordnung.

Gebung der Wehrfähigkeit.

In militärischen Kreisen erwarten man einen Erlass, der die Verbesserung und Verlängerung der Achselflicken der Generale anordnet. Die vom Kaiser neu geschaffenen Generalobersten mit dem Range des General-Feldmarschalls tragen nämlich auf den Achselflicken vier Sterne. Wenn nun auch noch ein Namenszug auf den Achselflicken angebracht werden soll, erweisen sie sich als zu klein, und die Sicherheit des Reiches dürfte dadurch immerhin einige Gefahren ausgesetzt sein.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherung, das im November den Bundesrats-Ausdrücken überwiesen wurde, wird nach seiner Annahme durch das Plenum des Bundesrats in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen. Gleichzeitig mit dem Einführungsgesetz wird das Hilfskassen Gesetz dem Reichstag vorgelegt werden; die Hilfskassen werden auch in Zukunft neben den Krankenkassen bestehen dürfen, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder haben und in ihren Leistungen in allen Punkten denen der Krankenkassen entsprechen.

Beide Entwürfe werden nach ihrer ersten Lesung im Plenum der Reichsversicherungskommission überwiesen werden, die ihre Gesamtarbeit in etwa 4 Wochen abschließen und Anfang März ihre Berichte dem Plenum vorlegen dürfte. Die zweite Lesung der Reichsversicherungs-Ordnung und der mit ihr in Verbindung stehenden Gesetze wird kaum noch vor Ostern erfolgen können.

Wenn zwei sich streiten . . .

In Elbing waren für die bevorstehende Erstwahl zum preußischen Abgeordnetenhaus zwei konservative Kandidaten aufgestellt worden. Eine konservative Vertragsmännerversammlung hat nun beide abgelehnt und an ihrer Stelle den Gutsbesitzer Baercke-Spittelhof als Kandidaten angesetzt.

Habsburger-Schmerzen.

Das gründliche Fiasco der Ostmarkenpolitik löst sich nicht länger vertunken. Aufgabe der Ansiedelungs-Kommission sollte es sein, aus polnischem Besitz Land zu kaufen und deutsche Bauern und Handwerker auf diesem Boden anzusiedeln. Die Ansiedelungs-Kommission hat dann auch aus polnischen Händen gekauft, flets zu sehr hohen Preisen, aber auch deutsche Besitzer haben sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, mühselos erworbenen Gewinn einzuhämmern. Sie haben einfach die Ansiedelungskommission wissen lassen, daß sie gesonnen sind, zu verkauften, und daß auch bereits Reaktionäre polnischer Nationalität sich gefunden haben. Um nun zu verhüten, daß deutscher Besitz in die Hände der Polen gerate, hat die Ansiedelungs-Kommission meist jeden Preis bezahlt, den die vom Bescheidenheit und "nationalem Bewußtsein" nicht angekränkelten deutschen Besitzer verlangt haben. Zögerte die Ansiedelungs-Kommission, dann wurde vielfach an den Polen verkauft, unbekümmert um das Wehegeschrei, das die vom Ostromarkverein gehörte Presse anhunderte. Die klugen Polen, die an die Ansiedelungs-Kommission teuer verkaufthatten, erwarben für dieses Geld wieder deutschen Besitz und auf diese Art ist durch die Tätigkeit der Ansiedelungskommission lediglich eine "Besitz-Berisch" eingetreten. Für das Deutschtum ist damit garnichts gewonnen. Die deutschen Ansiedler müssen sich polnische Arbeitnehmer, sodas in den Ansiedelungen eigentlich nur die Besitzer deutsch sind, die polnischen Bürgermeister und mittlerweile in bisher rein deutsche Gebiete eingedrungen und haben dort für ausgiebige Polonisierung Sorge getragen. Die Kosten dieser "Erfolge" müssen aber die preußischen Steuerzahler tragen.

Die preußische Regierung hat nun offenbar auch ein Auge in der Stube gehabt, denn der Betrieb der Ansiedelungskommission soll eine Einschränkung erfahren. Darüber sind die Habsburger aber sichtbar erstaunt, denn gewisse deutschen Elementen in den Ostromarken wird damit das Gefühl verloren. Sie schlagen deshalb in der "Reichs-Weiß-Zeitung" färm. males Gesetzen an die

Wand, die in Wirklichkeit gar nicht existieren und versuchen weitere erhebliche Gesetzmäßigkeiten loszu machen. Ihren tiefselbstlichen Schmerz fassen sie in die Säße zusammen:

Mit Schluss des laufenden Jahres wird die Ansiedelungskommission höchst wahrscheinlich feststellen, weil sie viel zu wenig Land für das folgende Jahr hat. Allerdings wird sie über einen sehr knappen Jahresbedarf verfügen für 1912. Was aber dann für 1913, wenn dann der letzte Landvorrat vergeben ist? Dass bis dahin wieder genügend Reservefonds angesammelt sind, ist nach den heutigen Verhältnissen schlechterdings ausgeschlossen. Alles zusammengefaßt, zeigt nichts anderes als — verschuldet von der Regierung — einen regelrechten Zusammenbruch unserer ostmärkischen Bodenpolitik."

Offenbar haben einige Habsburger mit dem Verkauf zurückgehalten in der Erwartung, daß die Preise noch weiter steigen, und nun plötzlich droht das ersehnte Geschäft in die Brüche zu gehen.

Ein Unterschlupf für Herrn Bassermann.

Herr Bassermann, der seit langem auf der Suche nach einem Wahlkreis ist, glaubt jetzt endlich in Saarbrücken einen Unterschlupf gefunden zu haben. Nach einer Meldung der "National-Zeitung" soll er nunmehr im Wahlkreis Trier V (Saarbrücken) aufgestellt werden, da der bisherige Vertreter, Geheimer Justizrat Bolz, eine Wiederaufstellung abgelehnt hat. Im Jahre 1907 erhielt Bolz beim ersten Wahlgange 21334 Stimmen, während es das Zentrum auf 19183 gebracht hatte. Der Sozialdemokrat fielen 2922 Stimmen zu. Es liegt also in der Hand der Sozialdemokratie, ob Herr Bassermann endlich eine sichere Zufluchtsstätte gefunden hat.

Aus der Praxis der Mittelstandsretterei.

Ein höherer Beamter aus dem Reichsmarineamt soll gesagt haben, es bestände die Verfügung, nur unmittelbar von Produzenten zu kaufen und den Zwischenhandel auszuschalten. Dieser Ausspruch veranlaßte die Kieler Handelskammer, Stellung zu nehmen. Eine solche Praxis sei unnötig und unbillig. Es sei bedauerlich, daß dem Kieler Handel keine größeren Submissionsobjekte zugesprochen, ihm aber durch das Preiseinsforderungsverfahren bei kleinen und kleinsten Objekten vor der Wahl mancherlei Mühen auferlegt würden, die zu dem Verdienste in keinem Verhältnis ständen. Man beschloß, beim Handelsminister und beim Staatssekretär des Marineamts vorstellig zu werden.

Studenten als Wahlhelfer.

Die "Hartungsche Zeitung" in Königsberg will erfahren haben, daß gegen die Studenten wegen der in Labian-Wohlau geleisteten Wahlhilfe ein Verfahren vor dem Universitätsrichter eingeleitet worden sei.

Kampf gegen die Schandliteratur.

In Verbindung mit dem Ministerium des Innern und dem Kultusministerium hat das bayerische Verkehrsministerium beschlossen, in Zukunft "irgendwie unzüchtige Druckslachen" von der Beförderung mit der Post auszuschließen. Die Schulbehörden sind ersucht worden, für die Entfernung der Schandliteratur aus den Auslagen der Buchhandlungen zu wirken.

Gegen den Sprachenparagraphen.

Die polnische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag eingebracht, die Staatsregierung möchte sofort eine Vorlage einbringen, durch die der unbedeutende Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen landesgesetzlich gewährleistet wird.

Rußland.

Skandalöse Enthüllungen in Odessa und Katerinoslaw. Aus Petersburg wird uns geschrieben: In Odessa herrscht jetzt sichtbare Aufregung über die skandalösen Enthüllungen im städtischen Krankenhaus. Man hat plötzlich in Erfahrung gebracht, daß achtzehn Mädchen im Kindesalter sich dort an Gonorrhöe angesteckt haben. Diese Enthüllung über das von der städtischen Polizei verwaltung geleitete Krankenhaus fand entgegen den Verlustschwierigkeiten der Ärzte statt. Man nimmt an, daß in der genannten Anstalt die größten echt-russischen Gemeinden sich abspielen. Eine andere noch traurigere Runde kommt aus Katerinoslaw. Der Sanitätsarzt Rebien hat seine vorgelegte Behörde in Kenntnis gesetzt, daß das Findelhaus, für welche das Semestwo jährlich hundertausend Rubel verwendet, systematisch den Tod der Kinder herbeiführt. So sterben von den alljährlich etwa tausend Kindern, die hinzukommen, nach kurzer Zeit etwa acht Hundert. Eine wahrhafte Morstätte!

Belgien.

Gegen die Reaktion in Russland und Japan. Aus Brüssel wird gemeldet! Nachdem kürzlich die hiesige Advokatvereinigung "Jeune Barreau" in einer vom Sozialisten Provincialabgeordneten Charles Gheude beantragten Tagesordnung gegen das Verfahren im Prozeß der japanischen Sozialisten Kotoku und Genossen protestiert hatte, hat gestern auch die hiesige Liga der Menschenrechte sowohl gegen die japanischen Vorfälle, als auch gegen das Urteil im Prozeß Durand und schließlich gegen die Greuel in den russischen Gefängnissen in einer Protestresolution Stellung genommen. Bei diesem letzteren Punkt fügt die Resolution hinzu, daß alle jene, die dem russischen Zarismus Geld vorstrecken, als Komplizen an den am Volke verübten Verbrechen zu betrachten sind. — Die sozialistische Partei Brüssels hatte vor acht Tagen bereits in einem Massenmeeting ihr Urteil über die japanische und die russische Regierung und ihre Helfer gesprochen. In der betreffenden Versammlung hielten De Broucké und Hirschmans die Reden. Auch dort wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Allen.

Aussland in Yemen. In der arabischen Provinz Yemen ist ein neuer Aussland ausgetragen. Nach einem Telegramm aus Aden der "Imperial Standard Telegraph" gegen den Krieg gegen die Türken erklärt und seine Unterführer mit bewaffneten Banden nach allen Richtungen in die Berge von Yemen entendet. Der Scheich

Soni Pascha hat sich dem Imam angeschlossen. Man erwartet allgemein eine Erhebung der ganzen Provinz. Die Behörden haben die Regierung in Konstantinopel telegraphisch um Verstärkung ersucht. Der Präsidenten Sdris hat die Offensive gegen die türkischen Truppen ergriffen. Die Hauptstadt des Distrikts Asir wird seit Anfang Dezember belagert. Der Gouverneur ist mit der starken Garnison eingeschlossen. — Aus Konstantinopel, 20. Januar, wird dazu telegraphiert: "Turquie" erfährt, daß der am 15. Januar bei Ebba, Provinz Asir, begonnene Kampf mit den Aufständischen begann noch andauerte. Die Regierungstruppen hatten 80 Tote und ebenso viel Vermundete. Die Verluste der Aufständischen sind sehr bedeutend. "Skad" zufolge beabsichtigt die Regierung, außer 30 Bataillonen noch andere Truppen nach Yemen zu senden.

Aus Lübeck und Nachgebieten.

Sonnabend, den 21. Januar.

Deutsche Schiffbau-Aufträge auf deutschen und ausländischen Werften.

Nach dem vom Germanischen Lloyd veröffentlichten Verzeichnis der Neubauten befinden sich im Jahre 1910 im Bau (und zwar Handels- und Kriegsschiffe);

	1910	1909
Schiffe Br.-L.	Schiffe Br.-L.	Schiffe Br.-L.
auf deutschen Werften	1805	761 890
auf ausländ. Werften	176	73 099
für deutsche Rechnung	198	79 926
zusammen	1481	824 989
Davon wurden fertiggestellt auf deutschen Werften	910	265 813
auf ausländ. Werften	180	42 682
für deutsche Rechnung	162	70 699
zusammen	1040	308 465
so daß im Dezbr. noch im Bau verblieben:	995	486 077
auf deutschen Werften	378	262 718
auf ausländ. Werften	46	80 447
für deutsche Rechnung	86	8 627
zusammen	441	516 514
Ferner sind für deutsche Rechnung im Ausland angekauft worden 49 Schiffe von 68 282 Br.-L. und es sind durch Verkauf, Verlust auf See oder durch Kondemnierung aus deutschem Besitz geschieden 186 Schiffe von 180 735 Br.-L.	409	271 345
Zum einzelnen ist zu bemerken, daß 1910 in Deutschland gebaut sind:		
Schiffe, Dampfer	86	116 694 Br.-L.
Segler	25	3 184
Flugdampfer, Dampfer	119	12 200
Fahrzeuge zu besonderen Zwecken		
Dampfer	88	2 937
Segler	578	86 585
Kriegsschiffe	19	44 848
zusammen	910	265 813 Br.-L.

Der deutsche Schiffbau ist also im Jahre 1910 kleiner gewesen als in den vier vorhergehenden Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr sind 61 400 L weniger hergestellt. Dagegen blieben am Jahresende beinahe doppelt so viele Schiffe im Bau wie am Silvestertag 1909, nämlich 486 000 L gegen 262 700 L.

Achtung, Steuerzahler! Der vierte Teilbetrag der Beiträge zur Stadtwaferkunft für 1910/11 und der zweite Teilbetrag der Grundsteuer für 1910/11 ist für die Grundstücke in der Vorstadt St. Lorenz in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1911 bei Vermeidung des Bußschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Über Fortschritte im Schulunterricht wird aus Leipzig berichtet. Nach der "Kom. Praxis" hat der Rat dieser Stadt im Dezember 1910 beschlossen, von Ostern 1911 ab an 15 Bezirksschulen je eine Reform-Elementarklasse einzurichten. In dieser Klasse wird das Lesen, Schreiben und Rechnen frühestens im Winterhalbjahr oder gar erst mit dem Beginn des zweiten Schuljahrs einsetzen. An deren Stelle werden geeignete Beschäftigungen im Zimmer und im Freien, sowie Turn- und Singspiele treten. Lehrspaziergänge in die nähere Umgebung der Schule werden die Kinder häufig aus dem Klassenzimmer hinaus in den Übergang aus der Ungebundenheit des Schulpflichtigen Alters in die Gebundenheit des Schullebens zu mildern und zugleich auch den Anschluß an den Unterricht, den Hauptgegenstand der Reformklasse, fruchtbringend zu gestalten. Außerdem sollen die Kinder dieser Klasse angehalten werden, das Angesetzte nicht allein durch das Wort, sondern auch durch malendes Zeichnen, Formen in Ton und Sand, Stäbchenlegen, Papier- und Papierarbeiten darzustellen. Bei dieser Handarbeitung muß der Schüler messen und zählen, und dadurch soll für den späteren Rechenunterricht ein guter Grund gewonnen werden. Von der geforderten Handgeschicklichkeit erwarten man auch eine wirkliche Vorbereitung des Schreibunterrichts. Durch die mündliche Pflege der hochdeutschen Sprache, einschließlich planvoller Lautier- und Sprechübungen, will die Versuchsklasse dem eigentlichen Lehrunterricht erst den Weg bereiten. Durch alle diese Maßnahmen gedenkt man, in der Reform-Elementarklasse die auffassenden und darstellenden Kräfte der Kinder soweit zu erschließen und zu stärken, daß der Leser, Schreib- und Rechenunterricht im zweiten Schuljahr nur noch geringe Mühe verursachen wird. Trotz dieser Abweichungen vom bisherigen Lehrverfahren lassen auch die Reformschüler am Ende des zweiten Schuljahres das gelegliche Lehrziel der 7. Klasse erreicht haben.

Während man hier also tatsächliche Verbesserungen einführt, werden in Lübeck durch die Einführung der sogen. großen Schulsysteme und durch die geplante Zusammenlegung von Klassen zum Zwecke der Erhöhung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen der Volksschule effektive Verschlechterungen eingeführt. Auf dem Gebiete des Schulwesens marschiert Lübeck — Rückwärtis!

Aus dem Gerichtsaal. Allzu fidel waren drei Bauschüler, als sie eines Abends durch den St. Petersburger und hierbei großen Unzug verübten. Das Schöffengericht verurteilte deshalb einen Schüler zu 6 Mt. die beiden anderen zu 3 Mt. Geldstrafe. — Ein Dienstknabe begehrte eines Dienstknaben eines Dienstmädchen eines Dienstlers Einzug durch das Fenster. Als das Mädchen nicht öffnete, wollte er mit einem Messer den Knauf des Fensters schneiden, zerbrach hierbei jedoch die Scheibe. Wegen Haussiedelungs und Sachbeschädigung soll er nun 10 Mark Geldstrafe zahlen oder 4 Tage brünnen. — 2 Dienst-

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 18.

Sonnabend, den 21. Januar 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“
Berlin, den 20. Januar 1911.
112. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Wermuth, Dr. Lenke.

Reichswertzuwachssteuer.

Bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Zu wachssteuergesetzes wird zunächst die Abstimmung über einen gestern angenommenen Abschlußantrag. Weder wiederholt, weil der Antrag nur handchriftlich vorlag. Da Rechte, Zentrum und Nationalliberalen spärlich vertreten sind, so wird nunmehr der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten abgelehnt; Abg. Kirsch (B.) (zur Geschäftsausordnung) bittet in Zukunft solche Abstimmungen doch lieber in einer späteren Sitzung zuvornehmen zu lassen.

Präsident Graf Schwerin-Böwig sagt das zu.

Dr. Südkum (SD.): Mögen die Herren doch lieber früher zur Stelle sein. (Sehr gut! links.)

Präsident Graf Schwerin erklärt unter allgemeiner Zustimmung, er werde in künftigen Fällen solche Abstimmungen zu Beginn der Sitzung vornehmen lassen, die Abstimmung dann aber ausdrücklich auf der Tagesordnung vermerken.

S 22 spricht die Steuerfreiheit für Reich-, Bundesstaaten und gewisse gemeinnützige Vereine aus, wenn der Reingewinn nicht über 4 Proz. beträgt.

Um das Steuerprivileg der Landesfürsten.

Graf Cramer-Biesermüh (R.) begründet einen Antrag auf Wiederherstellung der in der Regierungsausordnung enthaltenen Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin. Diese Steuerfreiheit entspricht dem monarchischen Gesetz. (Große Heiterkeit b. d. Soz.)

Dr. Neumann-Hofer (Kpt. B.) wendet sich gegen den Antrag. Hohenlohe wird vom Bundesratssitz aus erklärt, daß die Bundesfürsten selbst ein solches Privileg nicht wollen (ungläubliche Kurze und Heiterkeit b. d. Soz.). Für uns würde die Annahme des Antrages Cramer das Geschäft unannehmbar machen, es sei denn, daß gleichzeitig unser Eventualantrag Cuno angenommen wird, daß mindestens die Gemeinden auf landesgesetzlichem Wege von dem fürstlichen Steuerprivileg ausgenommen werden.

Reichsjustizsekretär Wermuth beschwört das Haus, doch ja die Steuerfreiheit der Landesfürsten wiederherzustellen.

Göhre (SD.): Wenn es gegen die Souveränität der Fürsten nicht verstößt, Geschäfte in Grund und Boden zu machen, so kann es auch nicht dagegen verstossen, wenn sie den Gewinn aus diesen Geschäften versteuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das Volk sagt sich mit Recht, daß das Regieren nicht bloß ein idealer Beruf ist, sondern auch ein

sehr gutes Geschäft.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Gegen den Eventualantrag der Freisinnigen spricht, daß er Landesrecht über Reichsrecht stellt.

Dr. Weber (NL.): Ich bestreite entschieden, daß staatsrechtliche Bedenken gegen die Einbeziehung der Landesfürsten in diese Steuer vorliegen. (Gut. links.)

Breuz, Finanzminister Dr. Lenke bittet dringend um Annahme des Antrages Cramer. In der Reichsverfassung steht ja nicht, daß die Landesfürsten steuerfrei seien. Aber es steht auch nicht das Gegenteil drin und daraus folgt ihr Anrecht auf die Steuerfreiheit. (Schallende Heiterkeit links.)

Kirsch (B.): Die Ausführungen des Regierungsvertreters haben auf uns derartig überzeugend gewirkt, daß wir zum Entschluß gekommen sind, den Kommissionsbeschluß fallen zu lassen. (Endauerndes, wiederholtes Gelächter links,

in welchem die weiteren Ausführungen des Redners untergehen.)

Döve (FBP.): Wenn die Sache so wichtig wäre, wie von der Rechten und vom Bundesrat behauptet wird, so hätte der Reichskanzler hier sein müssen. (Sehr gut! links.) Gerade im Interesse des monarchischen Bewußtsinns muß dringend verlangt werden, daß die Fürsten auch ihr Scherzen für die Veteranen beitragen. Wie wird es im Lande wirken, wenn es heißt, die Fürsten weigern sich, die Wertzuwachssteuer zu zahlen und darum kommen die Veteranen nicht zu ihrem Recht. (Sehr gut! links.)

Büttner (SD.): Den größten Vorteil von der Steuerfreiheit der Landesfürsten werden wir haben, und wir werden diesen Vorteil gründlich auszunutzen wissen. Der Gegensatz zwischen der Steuerklauerei gegenüber Arbeitern und der Steuerfreiheit der Fürsten muß ja geradezu

aufzufreisen

wirken. Gerade wenn sie Patrioten sein wollen, müßten die Fürsten und Fürstinnen auf ihr Priviliegium verzichten. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Graf Westarp (R.): Wir stellen unseren Antrag aus staatsrechtlichen Gründen, und die Agitation der Linken lädt uns taub. (Lachen links.)

Binder (SD.): Wir hatten hier neulich eine Ausschaltung gegen die Schundliteratur, die mit dazu beitragen sollte, die Jugend zur Wahrschaffung und Gerechtigkeit zu erziehen. Aber am besten erzählt das Beispiel. Kann es denn der ausgedrohte Willen eines Landesfürsten sein, von der Steuer befreit zu sein? Sie appellieren an die Billigkeit und Gerechtigkeit und wollen die Landesfürsten und den gebundenen Besitz steuerfrei lassen! Wahrscheinlich wird auch noch ein Antrag kommen, die Kirchengräte von der Steuer zu befreien. Die

Steuerlichen der Vornahmen kennen wir ja.

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Als Herr v. Gerlach die Steuerabschöpfung des Fürsten Bismarck einmal beanstanden wollte, winkte ihm sein vorgesetzter Landrat sehr energisch ab. (Hört, hört! b. d. Soz.) Selbstverständlich werden wir die Befreiung der Landesfürsten von der Steuer agitatorisch ausnutzen. Wir brauchen ja nur die Tatsache zu erzählen, die wirkt von selbst. (Lebhafte Zustimmung links.)

Preuß. Finanzminister Dr. Lenke verweilt nochmals darauf, daß es sich bei der Steuerfreiheit der Fürsten nicht um die paar Mark, sondern um staatsrechtliche Gründe handle.

Döve (FBP.): Die Reichsverfassung ist doch fortbildungsfähig, dieses Argument kann also für die Steuerfreiheit der Landesfürsten nicht ins Feld geführt werden. Was dem Bürger recht ist, ist dem Landesfürsten billig.

David (SD.): Auch ich möchte nochmals dringend um die Beibehaltung der Kommissionssatzung bitten. Wenn die Herren Minister nicht für ihre Karriere zitterten, so würden sie den Fürsten klar machen, daß es ihre

nationale und soziale Pflicht

sowie auch ihr eigenes, wohlstandenes Interesse erfordert, auf das gehässige Privileg der Steuerfreiheit zu verzichten. (Lebh. Zustimmung links.) Gerade die Abgeordneten, die hier für das Steuerprivileg stimmen, diese Herren sind es, die eine republikanische Agitation treiben, wie sie wirklich nicht zu denken ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Cuno (Kpt.): Bitte, wenigstens den Fürsten nicht das Recht zu rauben, Steuern an die Gemeinden zu zahlen. (Heiter und Sehr gut! links.)

Everling (NL.): Ein Teil meiner Freunde stellt sich zu der Frage anders als der Abg. Weber. Es würde für die Abstimmung von Wichtigkeit sein, zu wissen, ob die Steuerfreiheit sich nur auf die im eigenen Lande belegenen Besitzungen der Fürsten bezieht. (Lebh. Zust. Aber doch natürlich! Gr. Heiter.)

Staatssekretär Wermuth: Natürlich nur auf die im eigenen Lande belegenen.

Die Debatte schließt.

Es wird zunächst über den konservativen Antrag auf Wiederherstellung der Steuerfreiheit des Landesfürsten und Fürstin abgestimmt. Es erheben sich die Konservativen, fast das ganze Zentrum und der größte Teil der Nationalliberalen.

Vizepräsident Dr. Spahn erklärt den Antrag für abgelehnt. (Lebh. Widerspruch rechts u. im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Spahn fordert darauf die Gegner des Antrags auf, sich zu erheben und erklärt ernst, daß der Antrag abgelehnt sei. (Lebh. Zustimmung und Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Spahn erklärt nunmehr das Abkommen Cuno zum konservativen Antrag (Aufhebung der fürstlichen Steuerfreiheit für die Gemeinden) für erledigt. (Widerspr. rechts u. i. B.)

Singer (SD. zur Geschäftsausordnung) tritt dieser Auffassung bei.

Die Abg. Kirsch (B.) und Graf Westarp (R.) wünschen Wiederholung der Abstimmung. (Unruhe links.)

Vizepräsident Dr. Spahn erklärt sich ebenfalls bereit, auf Wunsch der Majorität des Hauses die Abstimmung wiederholen zu lassen. (Stürmische Unterbrechungen links.)

Singer (SD. zur Geschäftsausordnung): Diese Wiederholung ist vollständig unzulässig. Das Haus ist keineswegs kompetent, durch Majoritätsbeschluß sich über klare Bestimmungen der Geschäftsausordnung hinwegzufegen. (Lebh. Zust. links.) Sollte jedoch der Herr Präsident trotzdem eine solche Geschäftsausordnungswidrige Wiederholung der Abstimmung vornehmen wollen, so sehe ich mich genötigt, eine formelle Abstimmung zu beantragen. (Sehr gut! links, Unruhe und Widerspr. im Zent. u. rechts.)

Die Abg. Lattemann (VBG.), Fürst Hasselbeck (Rp.), Bässermann (NL.), Mommsen (Bp.) und Dietrich (R.) treten entschieden der Auffassung bei, daß die Wiederholung unzulässig sei.

Groebner (B.) scheint, soweit er bei der lärmenden Unruhe des Hauses verständlich ist, das Verhalten des Präsidenten zu rechtfertigen.

Dr. Südkum (SD.) konstatiert, daß sich fast das ganze Haus gegen die Absicht des Vizepräsidenten, eine Geschäftsausordnungsmäßige vorgenommene Abstimmung zu wiederholen, gewandt hat.

Vizepräsident Dr. Spahn erklärt, er hätte nur auf einstimmigen Wunsch des Hauses die Abstimmung wiederholen lassen wollen.

Damit schließt die Geschäftsausordnungsdebatte. Die Beratung über den in Kommissionssatzung angenommenen § 22 ist erledigt.

Die folgenden Paragraphen werden teils debattlos, teils nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Bei § 26, der die Verwaltung und Erhebung der Steuer regelt, beantragt Abg. Cuno (Bp.) den Zusatz: „Die Kosten trägt der Bundesstaat.“

Büttner (SD.) empfiehlt diesen Antrag. Die Gemeinden seien durch das Gesetz schon ohnehin erheblich geschädigt.

Der Antrag Cuno wird durch Hammelsprung, da die Abstimmung zunächst zweifelhaft mit 182 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

Bei § 30, der Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz zur Kenntnis der Behörden bringen will und deshalb nicht nur Behörden und Beamte des Reichs, des Staats und der Gemeinde, sondern auch die Notare verpflichtet, den Steuerbehörden von einer zu ihrer Kenntnis gelangenden Zuwiderhandlung Mitteilung zu machen, beantragt.

Dietrich (R.): Die Notare zu streichen, da sie Vertrauenspersonen des Publikums sind.

Dahlmann (B.) und Weber (NL.) stimmen dem zu.

Singer (SD.): Ein Notar wird jederzeit seinen Clienten von der Zuwiderhandlung abraten. Tut der Client es doch, so kann der Notar ruhig die Sache zur Angelegenheit des Hauses machen.

Hatten auch die beiden Herren Geßlich den Löwenanteil der Beschwörungsgeschichte, wie billig sie angeeignet, so waren noch einige Knochen davon auch für Herrn Sarraz und selber für den Künftigen Schmalzbier abgesetzt. Herr Schmalzbier war in sich fest davon überzeugt, daß er, durch Herauslassung des Ebers dem Satan eine goldene Fluchtbrücke gebaut habe, und daß er ohne diese sich wohl noch lange in der eingenommenen Stellung behauptet haben würde. Diese Überzeugung wußte er auch nach und nach einigen fröhlichen Weibern beizubringen, und diese schlossen nun, daß ein so kluger Mann auch mehr als notdürftig lesen und singen könne, und infolgedessen zitterte man den Küster nicht selten zu franken Lühen, Schweinen und Gänsen, denen er dann auch redlich mit Versprechen, Betören und ähnlichen geistlichen Mitteln beisprang. — natürlich gegen eine kleine Entschädigung für dadurch verlorene Zeit.

Sobald die Nachricht von dem Besserwerden der alten Sina auf der Burg erfuhr, wandte sich der Herr v. Plümmeran an seinen Pastor, damit dieser nunmehr den noch immer auffällig krankelnden Gelben gleichfalls exorzisierte möge. Herr Kitt schlug jedoch, wie man sich dies wohl denken kann, solch Ansinnen kurz und entschieden ab und auf die Annahme seiner Populärität und die Annahme des Ansehens des Burgherrn, welche tiefer durch den Mansberger Feldzug und seinen Schwierigkeiten, besonders aber in Folge der politischen Stürme erfahren hatte, hauend, wagte er es sogar, derartige Anmutungen als unpassend, ungehörig und götterlästerlich zu bezeichnen. Herr v. Plümmeran war während der letzten Wochen moralisch so heruntergekommen, daß er diese Vorwürfe fast ohne Widerrede hinnahm. Da er jedoch wußte, daß die Idee zu exorzisieren zuerst in dem Gehirne des Herrn Sarraz entzündet war, und er meinte, daß mit diesem, als einem unbekannten Mann, eher etwas zu machen sein würde, so sandte er beständig zu ihm, der noch immer im Pastorale quartierte, und ließ ihn zu einem Besuch einladen. Herr Sarraz stand gerade zum Gange auf die Burg heret, als er diese Einladung empfing, und er machte daher sich sofort doch auf den Weg.

(Fortsetzung folgt.)

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(45. Fortsetzung.)

„Es ist eine närrische Zeit!“ sagte der Baron. „Herr Sarraz ein zweiter Bonifazius und zu gleicher Zeit ein fliegender Buchhändler und ein Pomadier? Wenn sich die Hohdamer Schiner Kurfürstlichen Hoheit unzählig in altromantische Gestalten verwandeln, oder wenn sich der Salomon des Nordens auf einmal sechshundert Weiber, wie weiland seine israelitische Majestät, auf die Streu legen ließen, so würde es mich nicht mehr wundern.“

Sie sollten nur von meinem Sankt-Glossa-Haaröl einige Gläser kaufen, Herr Baron. Es hat nicht allein die Eigenschaft, Haftköpfe wieder behaart zu machen, sondern auch diejenige, und das ganz insbesondere, das Ausfallen der Haare zu verhindern. Das Glas kostet nur zwei Taler.“

„Nein, nein,“ erwiderte der Baron, „ich will mit der Schmiede nichts zu tun haben. Ich fühle ohnehin in einer anderen und würde gerne was daran melden, wenn mich jemand aus derselben herauszuziehen wüßte. Mein lieber Sarraz, ich wollte, Sie hätten statt der heiligen Propheten, seine heiligen Bären im Sac und wenn diese mir dann statt zweihundertzig Judenkäpplein zwei christliche mecklenburgische Junker versprechen wollten, so würde ich Ihnen und den braven Bären und dem heiligen Propheten zu innigem Dank verpflichtet sein.“

Was fehlt Ihnen denn? Wo drückt Sie der Schuh, Herr Baron?“ fragte Sarraz.

Mierendorf erzählte nun mit kurzen Worten sein Abenteuer in der Burg und was daran sich weiter geknüpft hatte. „Ich habe so etwas von dem Temperament des quaten Baron und zum Teufel des ersten in mir,“ segte er hinzu, „ich habe einzä natürlichen Abscheu vor kaltem Eisen und kann überflüssige Löcher am Meisterwerk der Schöpfung nicht gut leiden. Und nicht den Schatten einer Spur von Möglichkeit vermag ich darin zu entdecken, wenn ich mich dieser alten, verrosteten Schmorfaune halber zur Karbonade zerhauen lasse. Die einfältige Welt heißt solche Ansichten Feigheit, wie sie überhaupt niets die Gewohnheit hat, dem Verständigsten schimpfliche Namen zu geben und Dummheiten Tugenden zu nennen. Ein weiser Mann weiß und erinnert sich, bei einem Halse wie dieser ist, daß ihm keine Eidecken- und Salamander-Natur geworden ist, und daß er ohne Augen nicht sehen, ohne Nase nicht riechen und ohne Kopf nicht einmal essen kann. Ein Schaps deutet an dergleichen nicht.“

bringen. Ich habe das Gefühl, daß es sich hier darum handelt, einen

Schutz für Grundstücksbesitzer

zu schaffen, die nach Manipulationen suchen, sich von der Steuer zu drücken.

Erimborn (3) bittet lebhaft den Antrag Dietrich anzunehmen. Es gehe zu weit, die Notare zur Anzeige zu zwingen, wenn Sie z. B. am Stammtisch etwas erfahren.

Dietrich (8) beantragt auch die Beamten von der Anzeigenpflicht zu entbinden.

Groeber (3) meint, die Notare dürften der Anzeigenpflicht nicht unterstellt werden.

Dr. von Savigny (3) betont, daß die Beamten nicht zu pflichtmäßigen Denunzianten gemacht werden dürfen.

Binder (SD): In der ganzen Kommissionsberatung ist ein Antrag auf Streichung nicht gestellt. Auch hier zeigt sich wieder das Bestreben, dienten Paragraphen herauszunehmen, die das Gesetz verwölten machen. Eine Anzeige bei der Steuerbehörde ist keine Denunziation. (Gutstim. b. d. Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt Rühn: Es handelt sich natürlich nur um Zwischenhandlungen, die auf dem Amtswege zur Kenntnis der Beamten und Notare gelangen.

Der Antrag Dietrich auf Streichung der Anzeigenpflicht der Beamten und Notare wird angenommen.

Die §§ 35, 35a, 86, 87, 87a betreffen die Rechtsmittel gegen den Steuerbescheid. Der Entwurf läßt die Beschwerde und das Verwaltungsstreitverfahren zu. Nur wo ein solches nicht besteht, ist der Rechtsweg zuge lassen.

Ein Antrag der Polen will statt des Verwaltungsstreitverfahrens die Klage im ordentlichen Rechtsweg zulassen, ein Antrag des Zentrums nur dann, wenn die oberste Behörde der Landesfinanzverwaltung einen Vorbescheid gegeben hat.

Groeber (3) begründet den Zentrumsantrag.

Junk (ME) kritisiert die Kommissionssatzung, ein Monat darf das ordentliche Gericht nicht über die Verwaltungsgerichte stellen.

Dr. Südekum (SD): Wir werden gewiß nach Einführung der Reichszollsteuer eine weit größere Anzahl von Prozessen haben, als es infolge der kommunistischen Zollsteuern der Fall war. Nun hat aber doch niemand ein Interesse an der Vermehrung der Prozesse. Die Regelung des Rechtsweges in der Kommissionssatzung ist widersprüchlich. Wir werden nicht darum herumkommen, ein Reichsverwaltungsgericht zu schaffen. Der Vorschlag des Kollegen Groeber würde unter Umständen eine verhängnisvolle Verzögerung der Prozesse herbeiführen können. Prinzipiell sind wir darin, nur den ordentlichen Rechtsweg auszulösen. Große Autarkstaaten kennen kein besonderes Verwaltungsstreitverfahren, sondern lassen alle solche Fragen durch die ordentlichen Gerichte entscheiden, ohne daß sich dadurch Unzuträglichkeiten ergeben. Wir stimmen deshalb für den Antrag der Polen. Da er aber vermutlich abgelehnt werden wird, werden wir dann trotz unserer Bedenken den Antrag Groeber zustimmen. (Besfall b. d. Soz.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bischof: So sehr mich das Vertrauen freut, daß unseren ordentlichen Gerichten entgegengebracht wird, meine ich doch, daß diese Sachen vor die Verwaltungsgerichte gehören und bitte, in diesem Sinne zu entscheiden.

Graf Weitbrück (R) stimmt dem zu.

Nach weiterer Diskussion, in welcher noch verschiedene Änderungsanträge eingereicht werden, werden die Anträge der Polen und des Zentrums abgelehnt.

Zur übrigen werden die §§ 35 bis 37 a nach der Fassung der Kommission mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

Die §§ 38 und 39 werden noch unerheblicher Debatte angenommen.

Darauf verzagt sich das Haus auf Dienstag ab 1 Uhr. (Weiterberatung, angedem Reichsteuergesetz und Betriebsabrechnungsordnung).

Schluß ab 1 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Vorbeigefangen. Nach Beendigung des Döpferstreits im November 1910 weigerten sich die Gehilfen eines Meisters in Leipzig mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Der Meister beantragte einige Gehilfen, sein Arbeitszeug aus dem Bau des Architekten Jäger in Stuttgart nach Leipzig, wo die Streikbrecher arbeiteten, zu holen. Die Folge war, daß gegen 12 Arbeiter Anklage wegen Hass- und Spottverbrechen, Verleumdung, Rötzigung und groben Misshandlung erhoben. Die Anklage, die auf Grund der Denunziation des Meisters aufgestellt wurde, brach unruhlos zusammen. Nur drei Angeklagte wurden zu Geldstrafen in der Höhe von 25 und 15 Pf. erhoben, die andern mußten freigesprochen werden.

Der Streit der Mühlenarbeiter in Döpfer bei Halle ist nach sechstageiger Dauer mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden; die Arbeiter erhalten 1,50 Mt. Lohnzulage pro Woche. Die Organisation hat in den Mühlenwerken erst vor kurzem Eingang finden können, der Erfolg ist für den ersten Versuch durchaus gesiegend. Sämtliche Streikende nahmen die Arbeit wieder auf.

Parteivertrag in der Mühlenindustrie. Mit den Mühlen in Erlangen und Forchheim schloß der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband nach mehreren Verhandlungen einen für die Arbeiter günstigen Parteivertrag ab. Die erste Verhandlung fand vor dem Gewerbege richt in Erlangen statt. Die Unternehmer als Mitglieder des Arbeitgeberverbands der bayerischen Mühlen wurden vertreten vom Syndikus des süddeutschen Mühlenindustrieverbandes Dr. Luhle. Zu einer Einigung kam es auch dort nicht, weil Dr. Luhle erklärte, das Ergebnis erst der Unternehmerverhandlung vorbereitet zu müssen, diese entschied dann nur um 1,50 Mt. den Lohn bei vierjähriger Laufzeit zu erhöhen, alle weiterenforderungen aber abzulehnen. Das Endergebnis war jedoch ein besseres für die Arbeiter. Bei dreijähriger Laufzeit wurde neben der Lohnzulage auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7½ Stunden erreicht, Regelung der Sonntagsarbeit und Bezahlung täglicher Sonntagsarbeit, und zwar mit 50 Proz. Aufschlag, Bezahlung der Überstunden und der nicht gewünschten Varianten mit 25 Proz. Aufschlag. Wieder von drei Tagen ohne Lohnabzug und nach einigen anderen Verbesserungen. Die Arbeiter dieser Mühle sind seit langem organisiert, deshalb waren diese Erfolge trotz des Arbeitgeberverbands möglich.

Die Verhandlungen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Am 6. und 8. Januar haben im Ruhrgebiet, wie schon berichtet, 23 Bergarbeiterverhandlungen stattgefunden, am 10. Januar folgten weitere 22 Verhandlungen, die zu den von außerordentlich hohen Einstufungen führten. Alle Verhandlungen zwischen den beiden Seiten am 10. Januar waren der Bergarbeiterseite aufgefordert, diese Verhandlungen in

diesen Versammlungen doch überall stark vertreten und stimmten den von den Verbänden erhobenen Forderungen einstimmig zu. In allen Versammlungen wurde eine Entscheidung getroffen, die die Arbeiterausschüsse beauftragt, die Forderungen den einzelnen Betriebsverwaltungen vorzulegen. Für jede Zeche wurde ein Vertrauensmann gewählt. Die Versammlung in Dortmund war von etwa 1000 Bergarbeitern der beiden Körnerstahlhütten besucht. Neben 15 Proz. Lohnzulage wurde der Abschluß corporativer Arbeitsverträge und tarifmäßige Lohnfestlegung gefordert. Einem Anarchosozialisten verweigerte die Versammlung das Wort. Bekanntlich sind die Ausschüsse die geleglichen Vertreter der Arbeiter. Sie haben die Aufgabe, Beschwerden und Wünsche der Belegschaft den Betriebsverwaltungen zu unterbreiten. Es ist der legitime Weg, der den Verbänden noch übrig bleibt, um zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Lehnen auch die einzelnen Betriebsverwaltungen gleich dem Betriebsverband jedes Entgegenkommen ab, dann werden die Organisationen über die weiter zu unternehmenden Schritte entscheiden müssen. Die Christlichen Generale spielen ihre Verräterrolle weiter und bringen sich damit in ehemaliger schärfster Gegenposition zu ihren Mitgliedern, die den Forderungen der Verbände zustimmen. Nach Art der Bankrotteure suchen sie sich über die brenzliche Situation durch einen großen Tamtam hinwegzuhelfen und damit die Öffentlichkeit zu täuschen. Sie arrangieren Versammlungen und trommeln dazu ihre Anhänger aus der weitesten Umgebung zusammen. Ihre Getreuen werden schiefstlich eingeladen, erhalten Fahrgeld und Spesen und werden vor Beginn der öffentlichen "Kundgebungen" in vertraulichen Konferenzen instruiert, sodass nachher alles programmatisch verläuft. Zu diesen "Kundgebungen" erscheinen außer den schriftlich eingeladenen zumeist nur Zentrumsbänker, meist Handwerker, Krämer usw. Von diesen Leuten fährt man dann Resolutionen annehmen, worin den Gewerkevereinsstrategen das Vertrauen ausgesprochen wird und die in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbände beschimpft werden. Die vereinigten Verbände haben bisher 185 Belegschaftsversammlungen abgehalten, die alle sehr stark besucht waren, einstimmig haben diesen diese Versammlungen, die auch von vielen tausenden Mitgliedern des Gewerkevereins besucht waren, die Forderungen der Verbände zu genehmigen. Das ist jedenfalls der schlagendste Beweis dafür, daß die von den Gewerkevereinsstrategen arrangierten Zentrumsparties von den Mitgliedern nur als Komödie betrachtet werden. Abgesehen werden die bisher schon an diese Versammlungen besuchten Hohngelder und Spesen verschiedene tausend Mark betragen. Wenn das so weiter geht, wird von der starken Gewerkevereinkasse bald nichts mehr übrig bleiben. Die Christlichen bezeichneten definitiv diese Bergarbeiterbewegung als im politischen Interesse von den Verbänden eingeleitet. Wie sie aber diese Bewegung politisch ausschlagen wollen, dafür diene folgender Beweis: In einer christlichen Versammlung in Herne führte der christliche Führer H. K. zu Rechtigung der Verhältnisse seiner Organisation u. a. aus, die Arbeiter müßten anhören, die Arbeitgeber als vollgefressene Strümpe zu betrachten, und wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreis Bochum einen ansehnlichen Kandidaten aussiegt, und dieser mit Que in die Stichwahl kommt, dann seien für Otto H. die schönen Tage von Manjusz vorbei. Die Christlichen würden kräftig mit dazu befragt, daß Que, dieses Abel der Bergarbeiterbewegung verschwinden.

Saubere Früchten. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch verhaftete in der französischen Hafenstadt Dünkirchen ein Polizeikommissar auf die Anzeige eines Schneider's zwei junge, elegante gekleidete Leute, die letztere überfallen und gewürgt hatten. Während der eine von ihnen überfallen zur Erde warf und ihm ein Stein auf die Brust setzte, raubte ihm der andere seine goldene Uhr nebst Kette sowie das Portemonnaie. Es handelt sich, wie man feststellte, um zwei Apachen, die den besten Gewerkschaftskreisen entstammen. Der eine ist der Sohn des bekannten Generals Sauret, des Generalstabchefs des Militärgouverneurs von Paris und war erst kürzlich vom Gericht in Rochefort zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen seiner Kameraden ermordet hatte. Sein Komplize entstammt ebenfalls einer angesehenen französischen Familie und ist der Sohn eines pensionierten Majors namens Lapapelle.

Schweres Brandungskl. In der belgischen Stadt Dinant zerstörte eine Feuerbrunst mehrere am Grand Place gelegene Wohnhäuser. Eine Magd und eine 58jährige Witwe sind in den Flammen umgekommen; leichter, als sie verbrachte, ihre Erbarmisse in Sicherheit zu bringen. Ferner wurde ein Feuerwehrmann lebensgefährlich verletzt. Ein anderes Dienstmädchen erlitt ebenfalls beim Sprung aus dem Fenster lebensgefährliche Verwundungen. Der durch das Feuer verursachte Schaden beläuft sich auf über 100.000 Franc.

Eigenartigen Unglücksfall im Theater. Wie aus New York berichtet wird, brach im Opernhaus zu Hamilton (Manada) während eines orientalischen Tanzes die Klinge eines Schwertes, das ein Sänger schwang, flog in das Parkett und durchbohrte den Kopf eines Zuschauers. Eine Paket wurde nur dadurch verhindert, daß das Orchester weiterhielt.

Günzelsburgs Unglücksfall passierte einem Steuerbeamten in Wettin a. R. In der dortigen Feldschlößchenbrauerei war Bier aus den Fässern in die Kellereien gelassen. Das Bier stand 1,80 Meter hoch. Der Steuerbeamte, der wegen Abschlags der zurückzuzahlenden Biersteuer in den Kellereien tätig war, stürzte hierbei in den Biersee und wäre bei weitem ertrunken. Es gelang jedoch, ihn noch rechtzeitig aus der Kerzenspitze herauszuziehen.

Aufzehr. Wegen der Demonstrationen in M. h., die sich an das Verbot des von der Loraine sportive veranstalteten Konzerts anschlossen, ist gegen den Schiedsrichter und Genossen Anklage wegen Aufzugs erhaben worden. Es sind 72 Zeugen zur Vernehmung geladen.

Günzelsburgs Unglücksfall passierte einem Steuerbeamten in Wettin a. R. In der dortigen Feldschlößchenbrauerei war Bier aus den Fässern in die Kellereien gelassen. Das Bier stand 1,80 Meter hoch. Der Steuerbeamte, der wegen Abschlags der zurückzuzahlenden Biersteuer in den Kellereien tätig war, stürzte hierbei in den Biersee und wäre bei weitem ertrunken. Es gelang jedoch, ihn noch rechtzeitig aus der Kerzenspitze herauszuziehen.

Ein Peigelspazier. Wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde der katholische Pfarrer Kamill Schneider aus Oberbach (Unterelsaß) von der Strafkammer in Saarburg zu 80 Mark Geldstrafe, eventuell fünf Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Schneider hatte einen Stock mit der Faust auf den Kopf und Rücken geschlagen, so daß Blut aus dem linken Ohr herausfloss. III.

Sturm. Nach eingeschlagenen Meldungen wütet auf dem Kaspiischen Meer ein ungewöhnlich heftiger Sturm. Das Wasser unterhalb von Batumi den IJerdamni und drang ins Gymnasium ein. Aus dem gleichfalls bedrohten Gefängnis wurden die Gefangenen in Sicherheit gebracht. Aufgrund des Eindringens der Meerewellen in den nahegelegenen Marien See ist dieser über seine Ufer getreten und beschützt den Stadtgraben, auf den Boulevard. Die Festhalle ist zerstört.

Steamauslos. Auf dem eisfreien Dampfer "Baris" am Kai von Neumörk nach Melbourne, brach am 13. Dezember Feuer aus. Nach vergeblichen Anstrengungen, die Flammen zu ersticken, verlor die aus 25 Köpfen bestehende Besatzung das Schiff und erreichte im Rettungsbooten am 19. Dezember die St. Pauls-Insel. Dreitausend Menschen in folge Erföpung. Die überlebenden fanden an der Küste ein Nahrungsmitteldepot, von dessen Vorräten sie lebten, bis sie von einem englischen Dampfer aufgefunden wurden, der sie nach Albury brachte.

Günzelsburgs Unglücksfall passierte einem Steuerbeamten in Wettin a. R. In der französischen Hafenstadt Dünkirchen während eines orientalischen Tanzes die Klinge eines Schwertes, das ein Sänger schwang, flog in das Parkett und durchbohrte den Kopf eines Zuschauers. Eine Paket wurde nur dadurch verhindert, daß der Steuerbeamte dabei an sehr weitgehende Störungen des Landfriedensbruchs, teils des Landfriedensbruchs, teils des Aufstands und in einzelnen Fällen der Sachbeschädigung schuldig zu sprechen, ihnen aber in allen Fällen mildende Umstände auszuholigen.

Von der Vertheidigung nahm als erster Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Wort: Es handelt sich hier um geringe Überführungen, die sonst vom Schöffengericht abgeworfelt würden. Die Fälle wären niemals vor das Schöffengericht gekommen, wenn nicht Zusammensetzung mit der Polizei erfolgt wären, die nun als Aufsicht und Landfriedensbruch gekennzeichnet werden sollen. Aufsicht und Landfriedensbruch werden durch das Gesetz mit sehr schweren Strafen bedroht. Schon daraus geht hervor, daß der Gelehrte dabei an sehr weitgehende Störungen des Landfriedens, an außerordentlich schwere Verbrennen, an eine Art Revolution gedacht hat. Zu Moabit war die Bevölkerung durch das provokative Auftreten der Arbeitswilligen aufgerufen, die auf dem Mühlenplatz unter den Augen der Polizei die Sintierer prügeln; auch die Wissendungen und rohen Beschimpfungen durch die Polizeibeamten mitschien die Erregung steigern. Aus dieser Stimmung heraus sind hier und da einzelne Ausschreitungen begangen worden. Keiner der Angeklagten hat das Gewußt, gehabt, mit vereinten Kräften Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Gewalttatigkeiten gegen Personen und Sachen zu begehen. Niemals ist davon gedacht worden, Studenten die Paternen einzutun, etwa wegen Landfriedensbruchs ins Justizhaus zu bringen. Hier aber stehen junge Leute, die in der Erregung oder auch nur im Übermut einen Stein nach einer Polizei werfen, unter der schweren Anklage des Landfriedensbruchs. Das Steinewerfen nach Kohlewagen oder nach Schlägern, Handlungen, die aus der Erregung des Angestellten geboren sind, hat man unter den juristischen Be griff des Aufstands gewandt. Sind das Auführer, die beim Signal der Fabrikdirekte sofort an ihre Arbeit gehen. Solche Auführer kommen wohl in Operetten, aber nicht in der Realität vor.

Hierauf nahmen noch einige Verteidiger, unter ihnen Wolfgang Heine und Karl Liebknecht das Wort zur Vertheidigung der ihnen übertragenen Einzelhalle. — Voraussetzung ist der Prozeß am Sonnabend zu Ende geführt werden.

Aus Nah und Fern.

Eine Studentenstreit in Hannover. Infolge des Beschlusses der Studenten der technischen Hochschule, den Besuch der Vorlesungen und Studienarbeiten einzustellen, bis die Einrichtung des Rektorates bewilligt sei, rückte der Rektor an der Hochschule vollständig. Die Direktion der Hochschule erklärt, in diesem Vorfeld der Studentenschaft, daß sie die Sache, die sie fordern möge, eher geschädigt habe, weil sich der Minister nicht einzumischen könne, ihre Forderung zu erfüllen. Da die Direktion Einsicht in die Studentenschaft auch von der Hochschule unterrichtet und vor über allen Schulen gewarnt worden ist. Der Direktor, Geheimrat Damański, der selbst die Einführung des Rektorates lobhaft bezeichnete, steht auf dem Standpunkt, daß der Minister

der Hochschule gegenwärtig keine Rektoratsnominierung geben kann, weil dadurch Forderungen, im Schrift vertraglich festgehalten, zu denen es in diesem Jahre zu spät ist. Der Direktor hat an den Minister, bei dem die letzte Entscheidung liegt, über die Vorgänge berichtet.

Saubere Früchten. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch verhaftete in der französischen Hafenstadt Dünkirchen ein Polizeikommissar auf die Anzeige eines Schneider's zwei junge, elegante gekleidete Leute, die letztere überfallen und gewürgt hatten. Während der eine von ihnen überfallen zur Erde warf und ihm ein Stein auf die Brust setzte, raubte ihm der andere seine goldene Uhr nebst Kette sowie das Portemonnaie. Es handelt sich, wie man feststellte, um zwei Apachen, die den besten Gewerkschaftskreisen entstammen. Der eine ist der Sohn des bekannten Generals Sauret, des Generalstabchefs des Militärgouverneurs von Paris und war erst kürzlich vom Gericht in Rochefort zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen seiner Kameraden ermordet hatte. Sein Komplize entstammt ebenfalls einer angesehenen französischen Familie und ist der Sohn eines pensionierten Majors namens Lapapelle.

Schweres Brandungskl. In der belgischen Stadt Dinant zerstörte eine Feuerbrunst mehrere am Grand Place gelegene Wohnhäuser. Eine Magd und eine 58jährige Witwe sind in den Flammen umgekommen; leichter, als sie verbrachte, ihre Erbarmisse in Sicherheit zu bringen. Ferner wurde ein Feuerwehrmann lebensgefährlich verletzt. Ein anderes Dienstmädchen erlitt ebenfalls beim Sprung aus dem Fenster lebensgefährliche Verwundungen. Der durch das Feuer verursachte Schaden beläuft sich auf über 100.000 Franc.

Eigenartigen Unglücksfall im Theater. Wie aus New York berichtet wird, brach im Opernhaus zu Hamilton (Manada) während eines orientalischen Tanzes die Klinge eines Schwertes, das ein Sänger schwang, flog in das Parkett und durchbohrte den Kopf eines Zuschauers. Eine Paket wurde nur dadurch verhindert, daß das Orchester weiterhielt.

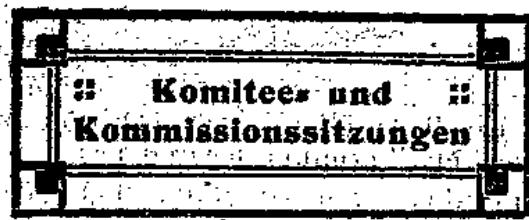
Günzelsburgs Unglücksfall passierte einem Steuerbeamten in Wettin a. R. In der dortigen Feldschlößchenbrauerei war Bier aus den Fässern in die Kellereien gelassen. Das Bier stand 1,80 Meter hoch. Der Steuerbeamte, der wegen Abschlags der zurückzuzahlenden Biersteuer in den Kellereien tätig war, stürzte hierbei in den Biersee und wäre bei weitem ertrunken. Es gelang jedoch, ihn noch rechtzeitig aus der Kerzenspitze herauszuziehen.

Aufzehr. Wegen der Demonstrationen in M. h., die sich an das Verbot des von der Loraine sportive veranstalteten Konzerts anschlossen, ist gegen den Schiedsrichter und Genossen Anklage wegen Aufzugs erhaben. Es sind 72 Zeugen zur Vernehmung geladen.

Günzelsburgs Unglücksfall passierte einem Steuerbeamten in Wettin a. R. In der französischen Hafenstadt Dünkirchen während eines orientalischen Tanzes die Klinge eines Schwertes, das ein Sänger schwang, flog in das Parkett und durchbohrte den Kopf eines Zuschauers. Eine Paket wurde nur dadurch verhindert, daß der Steuerbeamte dabei an sehr weitgehende Störungen des Landfriedens, teils des Landfriedensbruchs, teils des Aufstands und in einzelnen Fällen der Sachbeschädigung schuldig zu sprechen, ihnen aber in allen Fällen mildende Umstände auszuholigen.

Steamauslos. Auf dem eisfreien Dampfer "Baris" am Kai von Neumörk nach Melbourne, brach am 13. Dezember Feuer aus. Nach vergeblichen Anstrengungen, die Flammen zu ersticken, verlor die aus 25 Köpfen bestehende Besatzung das Schiff und erreichte im Rettungsbooten am 19. Dezember die St. Pauls-Insel. Dreitausend Menschen in Folge Erföpung. Die überlebenden fanden an der Küste ein Nahrungsmitteldepot, von dessen Vorräten sie lebten, bis sie von einem englischen Dampfer aufgefunden wurden, der sie nach Albury brachte.

Günzelsburgs Unglücks



Jugend-Ausschuss

Montag, den 23. Januar,
abends 7½ Uhr präzise
Sitzung.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen hocherfreut an Ernst Wulf und Frau, geb. Busch.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Büro Lübeck.
District Neuenfelde-Schwartau.

Nachruf.
Am 18. Januar starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Johannes Lanpaap.

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 23. Januar, nachmittags 2½ Uhr vom Trauerhaus Petersstraße 88, nach dem Renefelder Friedhof statt.

Die Distriktsleitung.
Zu vermissen, 1. Apr. 1 Wohnung im Stoll u. Keller. Preis 125 Mf. Mädes, Kremselbörse.

Zu sofort oder später Rottwittstraße mehrere Drei- und Zweijimmerwohnungen zu vermieten. Näheres Rottwittstraße 48, nt., r.

Zur freundlich mögl. Zimmer zu verm. Wiedelstr. 26 I.

Tüchtige

Arbeiterinnen

gesucht. August Schuhmacher.

Gneisenauerstraße 3.

Gesucht zu Dielen

1. Dachdeckerlehrling

unter günstigen Bedingungen.

D. Gerke & Havemeister,

Dachdeckergeschäft. Beeltegrube 97.

Zu Dielen ein Tapezierlehrling.

Rehm, Königstraße 28.

St. Geschäft der Lebensmittelbranche zu sol. od. svät. zu pachten gel. Ang. u. B-B 30 an d. Exped.

Zum fast neuen Kaufladen (Gaggenau abnehmbar) passend für Bücher, zu verkaufen.

Alexanderstraße 3. Burgtor.

Modern. guteh. Kinderwagen

zu verkaufen. Briesstraße 8. vort.

Starkes Herren-Fahrrad 30 Mf., Damen-Fahrrad 25 Mf., zu verkaufen.

Verkaufe ein Paar Königsberger Reinsäger sehr billig.

Joh. Krüger, Gadowstr. 11.

Ein Zugdänger
zu verk. Brandenburg, Chaussee 5.

Sonntag sind zwei Soh. Ferkel zu verk. Kloß, Bäckerei, Stöckelsdorf.

1 Soh. Ferkel sind zu verkaufen.

J. Klüwer, Schwarz, Allee 183.

Sonntag sind Ferkel zu verkaufen. Denker, Gastwirt, Grünstraße.

Ziegenfleisch 1 Pf. 40 Pig.

22 Fünfhausen 22.

Segebergstraße 21-23

Leiderhandlung von

Joh. Kloock.

Montags bis 1 Uhr geöffnet.

Billigste

Schirm-Reparatur-Werkstatt

Erich Teinert.

Gärtnerstraße Nr. 60.

All Sorten
Brennmaterialien,
Eierkartoffeln, Magn. bon.,
Kartoffeln in nur erstklassiger
Ware liefern zu billigsten Preisen
frei ins Haus Hans Lübecke,
Wiedelstr. 33/35. Telefon 2378.

Bei Lieferung ab Lager er-
siegte Preise.

Herzlicher Sonntagsgruß

am 22. Jan., von 1 Uhr an.
Dr. med. Schwarzweller, Breitestr. 1.
Dr. med. Wex, Ratzburg, Allee 2a.
Dr. med. Dada, Fischergrube 69, 1.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Willy Koch

:: Zahntechniker ::

Lilbeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihegeschäft, Altbidente 35.

Hasenfelle,

Kanin, Fuchs, Marder, Hirsch etc.

Ferderhage,

Mähnen, Kuhschweihhaare etc. etc.
kauf zu höchsten Tagespreisen

J. L. Würzburg, Wahnstraße 22 a.

Wiehl, Butterstücke,

Hülsenfrüchte.

Spezial: C. Breitstadt,

Beckergrube 73.

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalrats vom 11. Juli d. Jg.
bezügt. Feilhalten von Nahrungr- und Genussmitteln

sind zum Preise von 90 Pfg.
per Stück zu haben in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Kräten- und Sterbelaße

Amicitia e. h. Nr. 18.

General-Versammlung

am Sonnabend, dem 23. Januar

abends 8½ Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

1. Abrechnung vom 2. Halbjahr 1910.

2. Wahlen nach §§ 18, 24 und 25.

3. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Nach Schluss der Versammlung

findet die General-Versammlung

der Männer- und Frauenvereine

fasse statt.

Der Vorstand.

1 Soh. Ferkel sind zu verkaufen.

J. Klüwer, Schwarz, Allee 183.

Sonntag sind Ferkel zu verkaufen.

Denker, Gastwirt, Grünstraße.

Restaurant „Zur goldenen Traube“

am Montag, 23. Januar

bei J. Mohr, Hundestraße 101.

Der Vorstand.

Maler-

Zentral-Krätenlaße

(G. S. 71)

Versammlung

am Sonnabend, 21. Jan.

abends 9 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

General-Versammlung:

1. Abrechnung 2. Wahlgang.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Saison-Ausverkauf von Pelzwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. Hirsekorn,
Sandstraße 20.

AUF ALLE FÄLLE

ersuche ich Sie bei
Anschaffung einer
erstaunlichen
Nähmaschine
oder eines
Fahrrades
von der Firma
Heinr. Körner, Sr. Burgstr. 15,
Berlin. 1685. Sorten eingeholt.
Deutsche Trimmärsche. Syst. Singer
u. 55 Mf. an. Fahrrader v. 70 Mf. an.
Alle Ersatz- und Zubehörteile zu
billigsten Preisen.

Sehr preiswert!

Sonntag früh von 7½ bis 9 Uhr

einen großen Posten, ganz frisch gefüllt.

Schnauzen, Pfoten und

Schweinekleinfleisch,

diesmal ganz besonders schön,

das Bsd. nur 20 Pfg.

Verlauf in der Fakt. beim Ketten 14.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabr.

August Scheere.

Ausnahmepreis für unsere Leser!



Kapt. Marryats Werke.

Neue illustrierte
Pracht-Ausgabe.

Aus dem Inhalt heben wir nur
einiges hervor: Jacob Ehrlich
Peter Simpel. — Der Pirat. — Das
Gespensterschiff. — Drei Kutter
Wilddieb.

Reichhaltiger, hoch-
interessanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes
Format.

Beide Bände zu dem billigen

Preise von

nur Mark 3.—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 16.

Grabdenkmäler liefert billigst.

H. Burmeister, Engelsgrube 35, II.

Als Bezugssquelle fehlt

Salzheringe, Salzfondsen, Salzgurken etc.

empfiehlt sich die Firma

H. L. Wiegel (vorm. I. C. Bunge), Fischergrube 61.

Restaurant „Zur goldenen Traube“

Depenau 27.

Zu jeder Tageszeit:

Beefsteak mit Kartoffeln, große Portion (Pferdestoßfleisch) 45 Pig.

Deutsches Beefsteak " " " " 40 Pig.

Gulasch " " " " 45 Pig.

Guter bürgerlicher Mittagstisch von 60 Pig. an.

Hans Grevesmühl.

HANSA-HALLE.

Seine Sonntag.

Grosses Bockbierfest

verbunden mit Tanzkränzchen.

N.B. Am 19. Februar: Großer öffentlicher Maskenball.

Zentral-Hallen

**Winter-Paletots * Anzüge * Loden-Joppen
Knaben-Anzüge und -Paletots
im Preise ganz bedeutend herabgesetzt.**

Spille & v. Lühmann

Lübecks größtes und vornehmstes Spezial-Haus.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, 29. Januar 1911, nachm. 2½ Uhr präzise:
Der Kaufmann von Venedig.
Schauspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Preis der Karte 60 Pf., inkl. Garderobe.
Die Auslösung der Plätze erfolgt gegen Rückgabe der gelösten Karte am
Freitag, dem 27. und Samstagabend, dem 28. Januar,
abends von 7 bis 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Der Vorstand.

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
II. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.

Konzerthaus Flora.
Große öffentliche
Volksmaskeade
am Sonntag, dem 5. Februar 1911.
NB. Ausgabe der Vorzugskarten heute Sonntag.

Biophon - Theater.

Breite Straße 52.

Heute neues Programm!
Erstklassige Schlager des In- und Auslandes.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei.

Gustav Gipp.

Hansa-Theater

Heute, Sonntag, 8½ Uhr:

— Einige Sonntagsaufführung von —

Prinz u. Bettlerin.

Rom. Milde-Ausstattungsspiel in 4 Akten von Howard.

Deutsch von Lutz. Musik von Pechot.

1. Bild: Prinz Michael der Bucklige.

2. Bild: Der Fürst von Sylvanien und die Bettlerin.

3. Bild: In die Falle gelockt. 4. Bild: Eine freue Pflegerei.

5. Bild: Im rot. Schluß. 6. Bild: Prinz Michaels Hochzeitsakzent.

7. Bild: Ein Gottesgericht.

Vorverkauf bei Sager.



Am Sonntag,
22. Januar

Tanzfränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:
Friedrichshof.

Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

Wakenitz-Bellevue.
Heute, Sonntag:

Tanzkränzchen.
Ahnlich von ff. Hansaböck.
H. Förbörter.

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems.

Friedr. Franz-Halle
Großes
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
L. Stamer.

Gesellschaftshaus Marli.

Heuse: Bobbierfest
mit Tanzkränzchen.

Panorama
Breitestr. 53, I., St.
Peru.

Cuzco, die alte Hauptstadt der Inkas,
die Heile Sagahuaman.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 22. Jan. Nachm. 3 Uhr.
Bei kleinen Preisen!

Die Förster-Christl.

Operette von Georg Simo.

Sonntag, 22. Jan. Abends 7½ Uhr.

Böll-Ab. 110. Große Preise.

Die Zauberflöte.

Große Oper von Mozart.

Montag, 23. Januar. 7½ Uhr.

Zum 1. Male. Ren!

Tai fun.

Drama von Melchior Lengel.

Stadthallentheater.

Sonntag, 22. Jan. Nachm. 4 Uhr.

1. Gastspiel **Urania-Berlin,**

Wissenschaftliches Theater.

Über den Brenner nach Venedig

Studentenreisen in Wort und Bild.

In Berlin über 300 mal aufgeführt.

Gebührl. Pr. Dauende. ungünstig.

Sonntag, 22. Jan. Abends 7½ Uhr.

Gastspiel Carl William Böller.

Onkel Bräsig.

Lebensbild von Erich Reuter.

Gebührl. Pr. Dauende. ungünstig.

Montag, 23. Jan. Abends 8 Uhr.

Letztes Gastsp. Urania-Berlin,

Wissenschaftliches Theater.

Kairo und die Pyramiden.

Studentenreisen in Wort und Bild.

In Berlin über 300 mal aufgeführt.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Maskenball

Sonntag, d. 22. Januar 1911

in sämtl. Räumen des

,Kolosseum“.

Saalöffnung 6 Uhr.

Von 7-8 Uhr:

Tanz und Aufführung.

Maskenzug 8 Uhr.



Pierrots und Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Maskengarderobe des Herrn Witzen im Lokal.

Karten im Vorverkauf für Zuschauer und Masken 80 Pf., an der Kasse 1.- M., sind zu haben: bei H. Mews, Böttcherstraße 6, J. Grevsmühl, Steinstr. 12, E. Killian, Ludwigstr. 99, A. Schwiening, Klappenvorstraße 25, Orlowski, Hügstraße 59, I., W. Hein, Schwedenquerstraße 24, H. Haller, Markt 3, H. Ohde, Johannisstraße 25, H. Kersten, Zigarrenhandlung, Hügstr. 8, C. Kellmann, Brokesstr. 49, I.

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum

Wintervergnügen

Metallarbeiterinnen

bestehend in

Gesangsvorträgen, Blumenfest und Ball

am Sonntag, dem 22. Januar 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Preis der Karte 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.

eine Dame frei.

Einzelne Dame 30 Pf., wofür Garderobe.

Karten sind bei den Komitee-Mitgliedern, Vertrauensleuten und im Bureau zu haben.

Das Komitee.

Gesangverein „Eiche“.

Einladung zum

BALL

verbunden mit **Kappenfest**

am Sonntag, dem 29. Januar 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pf., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Neulauerhof. Drittes groß. Bobbierfest.

Sonntag, den 22. Januar;

Große Scherzen.

Beginn 1 Uhr.

Eintritt frei.

hiefe gerieten in Genf mit einem Bohrer in Streit. Im Verlaufe desselben bearbeiteten sie letzteren mit einem zugeschlagen Taschenmesser und mit einem Gummischnalch. Urteil: 90 resp. 45 Mt. Geldstrafe. — Seinem Dienstherrn hat ein Haushilflein 120 Mt. untergeschlagen; mit dem Gelde unternahm er eine Reise, wurde jedoch in Frankfurt a. M. erwischt. Auf einen Monat soll er nun freikarisiert in der Villa Lauerhof erhalten. — Fünf zugelaufene Hühner hat eine Haushälterin einem Lehrer entwendet und sie dann an einen Händler verkauft. Lehrer erhielt 20 Mt. Geldstrafe, erster eine Woche Gefängnis zu zahlen.

Wie der Staat das Fleisch verteuert. Eine interessante Rechnung macht die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ auf. Sie stellt die Kosten zusammen, welche die Einführung eines lebenden Kindes aus Dänemark infolge des Zolls und der Grenzschlange verursacht: Quarantäne 16 Mt., Einspritzung 1,50 Mt., drei Tage Futtergeld 3 Mt., Versicherung gegen Reaktion 10 Mt., Frachtkosten 29,65 Mt., Zoll 40,80 Mt., Kommission 3 Mt., Schiedsgericht, Diverses 8,60 Mt., Markt- und Trinkgeld 1,50 Mt., Versicherung gegen Tuberkulose 4 Mt., Wiegegeld 80 Pf., Porto und Agio 50 Pf., Zusammen 118,85 Mt. Bei einer solchen Steuererhöhung ist dieser Steuer fast unmöglich. Und das ist ja auch der Zweck der Übung.

Arbeiterrisiko. Auf dem Stanz- und Emailierwerk vorw. Carl Thiel u. Söhne verletzte sich gestern morgen der Arbeiter Ernst Dunker drei Finger der linken Hand, indem derselbe dem Maschinengetriebe zu nahe kam. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Vor einigen Tagen ereignete sich auf demselben Werk ein ähnlicher Unfall. Dort wurden dem Arbeiter Scheel, wohnhaft in Stockelsdorf, drei Finger der linken Hand zur Hälfte abgeschnitten. Der Verletzte wurde auf Anordnung des Arztes ins Klinikum Krankenhaus geschafft.

pb. Achtung, Geldwechselschwindler! In einem hiesigen Papiergeschäft ist wieder ein Geldwechselschwindler aufgetreten, der in der bekannten Art Kleingeldstücke tauschte, ein 10-Mark-Stück auf den Tisch legte, und es mit dem eingewechselten Gelde, wieder an sich nahm. Der anscheinend dem Kaufmannsstande angehörige Betrüger ist 22—23 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, kleinen Schnurrbart, volles Gesicht, blaue Gesichtsfarbe, und untersehrt kräftige Statur. Er war bekleidet mit braunem Schlapphut, braunem Jackentanz und weißer Wäsche. Es wird vor dem Betrüger gewarnt.

pb. Verschwundene Knaben. Am 19. d. M. hat sich der 11 Jahre alte Schulknabe Hermann Mahler aus der Wohnung seiner Eltern, Klost 18, entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Er war bekleidet mit grau-grüner Jacke, grauer Hose, grau-grüner Mütze und schwarzen Schnürschuhen, und ist von schlanker Statur, hat gesunde Gesichtsfarbe und dunkelblondes Haar. — Am Mittwoch, dem 18. d. M. hat sich der Schüler Paul Wilhelm Schwab, geb. am 10. März 1896 zu Danzig, aus der Wohnung seiner Eltern in Schlußup, Weselerstr. 35, entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Er treibt sich vermutlich umher. Schwab ist klein und schmächtig, hat dunkles Haar, an der linken Schulter eine kleine Narbe. Am Mittelfinger der rechten Hand fehlt ein Nagel. Er war bekleidet mit schwarzgrauem Überzieher, dunklen gefreisten Hosen, schwarzen Strümpfen, Pelzmütze und Schnürstiefeln.

pb. Gestohlene Uhr. Am 20. d. M. hat ein Schulknabe an einen andern Schüler an der Wakenitzmauer eine silberne Uhrländer-Schlüsseluh mit weißer Metallkette, auf welcher sich ein Porteau mit rotem Stein befindet, für 50 Pf. verkauft. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Uhr aus einem Diebstahl herrührt. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich im Büro der Kriminalpolizei, Schlüsselbuden 16, zu melden.

pb. Wem gehört das Boot? Am 29. vor. Mts. ist am Scharborger Strand ein schwarz-gestrichenes Boot, mit grüner Vorle, versehen, sonst ohne jegliches Abzeichen, geborgen worden. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei dem Polizeiamt in Lübeck oder bei der Großherzoglichen Regierung in Cöln bis zum 15. März ds. Es zu melden. Das Boot ist bei dem Hotelbesitzer Lage zu Timmendorferstrand untergebracht.

Kaiser-Panorama. Die in dieser Woche ausgestellte Serie führt uns nach Peru und zwar nach Cuzco, der alten Hauptstadt der Inkas, eines Volksstammes, der nach der Legende von dem Sonnengott selbst abstammen sollte. Ein Rundgang durch diese Stadt ist lohnend. Unter den vielen Kirchen und Klöstern fällt besonders die schöne Gefulnenkirche auf. Interessant sind auch die verschiedenen Verkehrsszenen, Indianergruppen, die Trachtenbilder der Einheimischen, die Ansichten von der alten, jetzt teilweise verfallenen Festung Sahuaman. Die Gelegenheit, eine billige und bequeme Reise nach Süd-Amerika zu machen, sollte niemand versäumen und empfehlen wir daher einen Besuch des Panoramas in dieser Woche auf das gelegentlichste. Billets zu ermäßigten Preisen sind in der Redaktion dieses Blattes erhältlich.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr kommt bei kleinen Preisen Georg Jarno's reizvolle Operette „Die Förster-Christl“ zur Wiederholung. — Sonntag, abends 7½ Uhr, gelangt Mozarts große Oper „Die Zauberflöte“ zur Aufführung. In den Hauptpartien sind die Damen Bartsch-Natas, Weber, Streiter, Krüger, sowie die Herren Pistori, Böllmer, von Schenck, Langefeld, Haas beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Oberregisseur Jelap; die musikalische Leitung in den Herrn Kapellmeister Abendrot als Gast. — Am Montag findet die Erstaufführung der Sensations-Novität „Taifun“ von Melchior Lengyel statt. — Wegen andauernder Erkrankung des Herrn Kapellmeisters Weisser muss die Erstaufführung der Oper Novität „Vier Segel“ von Leo Blech, welche in der kommenden Woche geplant war, auf einige Zeit hinausgeschoben werden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, nachmittags 4 Uhr und am Montag, abends 8 Uhr finden die beiden Gastspiele des wissenschaftlichen Theaters der „Urania“ Berlin statt, worauf hiermit nochmals besonders hingewiesen wird. Die Vorführungen er-

folgen genau in derselben Weise wie in der „Urania“ in Berlin. Am Sonntag nachmittags kommt über den Brenner nach Venedig und Montagabend nach Cairo und die Pyramiden zur Aufführung. — Morgen, Sonntag, abends 7½ Uhr findet ein einmaliges Gastspiel des Herrn Carl William Böller als „Otel Bräsig“ in Fritz Reoters gleichnamigem Lebensbild statt.

Gutlin. Die Ahrensborger Protestanten über die Angelegenheit der Ahrensborger Grundbesitzer schreibt die „Döhl. Volkszeitung“: Eine Million Mark an Steuern muss das Fürstentum Lübeck nach einem kürzlich ergangenen Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg zurückzahlen. Auf dem Grundbesitz im ehemaligen Holsteinischen Amt Ahrensborger, der im Jahre 1867 an Oldenburg gekommen ist, lasten zum Teil hohe Gefälle zugunsten des Staates. Diese Gefälle sind zur Zeit der dänischen Herrschaft den Besitzern der ihnen überwiesenen Staatsländerreien an Stelle des Kaufpreises auferlegt, wobei ihnen von der dänischen Regierung die Zusicherung gemacht ist, daß sie von weiteren Abgaben auf Grund und Boden befreit bleiben sollten. Später hat die oldenburgische Regierung im ganzen Staatsgebiet die Grundsteuer eingeführt und auch den Grundbesitz im Amt Ahrensborger zu dieser Steuer herangezogen. In einem von Ahrensborger Grundbesitzern gegen das Fürstentum Lübeck angestrengten Prozeß hat das Oberlandesgericht Hamburg, nachdem das Landgericht Lübeck die Klage abgewiesen, entschieden, daß die Grundbesitzer zur Zahlung der Grundsteuer nicht verpflichtet sind. Die hierauf vom Staat zurückzuzahlende Steuer wird ungefähr die Summe von 1 Million Mark erreichen. Dem Vernehmen nach soll gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht eingeregt werden. Falls das Urteil vom Reichsgericht bestätigt wird, kann das Fürstentum Lübeck, dessen gesamte etatismäßige Einnahmen eine Million Mark kaum erreichen, den Betrag nur durch eine Anleihe, die es schwer bedrücken würde, aufbringen.

Hamburg. Ein ehrlicher Spediteur. Des Betruges und des betrügerischen Bankrotts soll sich ein in der Banksstraße wohnender Spediteur schuldig gemacht haben, der am Donnerstag verhaftet worden ist. Der Verhaftete etablierte sich vor circa drei Jahren mit gänzlich ungünstigen Mitteln und war deshalb gezwungen, sich von drei Geldgebern Darlehen zu verschaffen. Als Sicherheit für die gelehenen Summen verschrifte er allen drei Gläubigern sein aus 18 Wagen und 9 Pferden bestehendes Geschäftsinventar. Bald war auch dieses Geld verbraucht und er mußte, um sein Geschäft fortführen zu können, neue Geldmittel beschaffen. Zu diesem Zwecke nahm er ab Mai 1910 nacheinander sechs kleine Teilhaber ins Geschäft auf, die Summen in Höhe von 20 000 bis 25 000 Mt. ins Geschäft einschieben mussten. Auch diesen sechs Geldleuten verschrieb er als Sicherheit sein Geschäftsinventar. Alles ging soweit gut, bis der Spediteur am 8. d. Mts. seine Zahlungen einstellte und der Konkurs über sein Geschäft eröffnete wurde. Da der Festgenommene alle Belege vernichtet hat, und die Buchführung unübersichtlich ist, läßt sich der Vermögensstand des Bankrotteurs nicht feststellen. Die Passagen betragen circa 100 000 Mt., während die Summe, die der Verhaftete von seinen sechs Klienten erhalten hat, insgesamt circa 70 000 Mt. ausmacht.

Altton. Die Polizei rüstet sich. Wie das „Hamb. Echo“ aus zuverlässiger Quelle weiß, trifft die Alttoner Polizei umfangreiche Vorbereitungen, um am morgigen Sonntag die Demonstrationversammlungen gegen die preußische Dreiklassenabschaffung würdig mitzumachen. Große Schutzmannsaufgebote sollen bereithalten werden und im entscheidenden Moment zur Verfügung stehen. Ob die in Frage kommenden Mannschaften mit den neuen Browningrevolvern ausgerüstet werden, konnte man allerdings nicht erfahren. Die Alttoner Arbeiterschaft hat mehr als einmal protestiert, daß sie Disziplin zu halten weiß. Sie läßt sich nicht provozieren.

Nostock. Die Brillanten des Arztes. Der im Untersuchungsgefängnis untergebrachte ehemalige Eigentümer des Ölseebaus Heiligendamm, der Schriftsteller und Kaufmann John Marlett, teilte nach dem üblichen Spaziergang auf dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses dem Aufseher mit, daß er seine beiden Brillenringe verloren haben müsse. Bei einer Leibesuntersuchung des Gefangenen stellte es sich heraus, daß er die Ringe in seinen Unterbeinkleidern verloren hatte. Allem Anschein nach wollte er auf diese Weise die Ringe seinen Gläubigern entziehen.

Bremen. Das bremerische Maß. Vor dem Landgericht und Schöffengericht kamen am Freitag mehrere Anklagen aus Anlaß der Polizeiunruhen zur Verhandlung. Eine große Aufruhraktion gegen den Arbeiter Böpp, die ihm sechs Wochen Untersuchungshaft einbrachte, wurde schon bei der Voruntersuchung zu einer einfachen Anklage wegen Widerstandes und verlor bei der Verhandlung noch mehr an Schwere. Köpfs Missrat bestand darin, einen Schutzmann, der ihn aus einem richtigen Anlaß verhaften wollte, entflohen zu sein. Er wurde dann von zwei anderen Schutzleuten gepackt, gefesselt, zu Boden gehörnt und mit dem Säbel bearbeitet, sodaß er 18 Tage im Krankenhaus zu bringen mußte. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis, das Urteil lautet auf vierzehn Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden.

Weiter wurde vor dem Landgericht gegen den 16-jährigen Arbeiter Platzek, gegen den 16-jährigen Schreiber Wolaclek, gegen den 16-jährigen Arbeiter Behne und den 15-jährigen Schreiberlehrling Volkner verhandelt. Die ersten beiden sind wegen Teilnahme an einer Zusammenrottung, die anderen wegen Raufahrs angeklagt. Volkner wurde freigesprochen, weil er sich der Strafarbeit der Teilnahme nicht bewußt gewesen sei. Platzek und Wolaclek, bei denen ein Stein gefunden worden war, erhielten 6 Wochen Gefängnis. Behne war geständig, einen Stein geworfen zu haben; er erhält drei Monate Gefängnis. Weiter wurde gegen die 17-jährige Arbeiterin Behne verhandelt. Sie war angeklagt, der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet zu haben. Als sie verhaftet werden sollte, gab sie einem Schutzmänn zum Gaudium aller Umstehenden eine klatschende Ohrfeige. Sie soll auch gegen einen anderen Schutzmännertätig geworden sein. Das Urteil lautet auf vier Monate Gefängnis (11). Es erhielten ferner Wienowski

zehn Wochen, Seidel zwei Monate, Kuhlmann zwei Monate, Kraft einen Monat, Held sechs Monate, Wittrodt einen Monat. Sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme Helds, wird die Untersuchungshaft voll angerechnet, dem Held wegen seines Leugens, wie es in der Begründung heißt, nur zwei Monate. Der Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Ablehnungsbeschluß ist stattgegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein konserватiver Märtyrer. Am Dienstag verurteilte Wehlauer Schöffengericht den Gemeindevorsteher Minuth in Oppendorf zu einer Geldstrafe von 10 Reichsmark oder zu zweimal 24 Stunden Gefängnis, weil er am Tage der Stichwahl in Labiau-Weßlau den liberalen Vertrauensmann Fischer aus Königsberg im Hausschl zu Weßlau tatsächlich angegriffen und an die frische Luft befördert hatte. Die konservativen werden dieses Urteil, das einen ihrer Helden trifft, unbegreiflich finden und anfangen, an ostelbischer Gerechtigkeit zu zweifeln.

Gemeingeschäftliche Schwindsucht. Am Montag stand vor dem Schöffengericht in Hannover der Agent der „Sparia“-Gesellschaft, Heinrich Henne. Er war wegen Darlehnschwundbeleidigung angeklagt. Die Verhandlung ergab den unwiderleglichen Beweis, daß die „Sparia“-Gesellschaft und ihre Helfershelfer gar nicht in der Lage sind, Darlehen zu geben, sondern daß sie nur auf gewissenlose Ausbeutung gebaut haben. Auf Grund eines Lockserats hatte sich ein Bäckermeister zum Angeklagten begeben und für sechs Wochen um ein Darlehen von 200 Mt. ersucht. — Zur Sicherheit hatte er ein geprägtes Sparkassenbuch über 150 Mt. und einen Kundenwechsel über 50 Mt. hinterlegt. Der Angeklagte versprach, das Darlehen in einigen Tagen auszuzahlen; er nahm dem Darlehnsucher 10 Mark Gebühr ab und ließ ihn einen Antrag auf Gewährung eines Darlehns und eine Beitrittsklärung unterschreiben. Er erwähnte mit seinem Wort, daß diese Beitrittsklärung eine zu der „Sparia“-Gesellschaft sei. Der Zeuge dachte gar nicht daran, Mitglied der „Sparia“-Gesellschaft zu werden und hat im guten Glauben an die Geduld das nichts besagende Formular unterschrieben. Anstatt daß er von dem Angeklagten das Darlehen erhält, wurde er von der „Sparia“-Gesellschaft auf Zahlung eines zwanzigjährigen Mitgliedsbeitrages über 20 Mark verklagt. Der Angeklagte hatte die Dreistigkeit, durch einen Verteidiger die Radung von Zeugen zu beantragen, die angeblich durch ihr Darlehen erhalten haben sollten. Bei der Vernehmung der Zeugen stellte sich heraus, daß die Zeugen von dem Angeklagten kein Geld erhalten hatten. Der Verteidiger constatierte, daß er von seinem Klienten in unerhörter Weise belogen sei, erkannte selbst an, daß der Angeklagte sich des Betruges schuldig gemacht habe und legte dann seine Verteidigung nieder. Das Gericht betonte u. a. auch, daß die Schwundeleien der „Sparia“-Gesellschaft bekannt seien, habe doch der persönlich haftende Gesellschafter der „Sparia“, der Geschäftsführer Lübbner, selbst anerkannt, daß die Gesellschaft garnicht daran denke, Darlehen zu geben oder zu vermitteln, daß es ihr vielmehr nur darauf ankomme, Mitglieder bei ständig zu gewinnen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts auf drei Monate Gefängnis noch hinaus und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Es betonte, daß für solche gemeinschaftliche Schwundfälle eine exemplarische Strafe zu verhängen sei. Wie noch mitgeteilt wurde, soll die „Sparia“-Gesellschaft sich jetzt in Charlottenburg etabliert haben.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 22. bis 29. Januar 1911.

Neues Stadt-Theater. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags: „Die Förster-Christl.“ Operette von Georg Jarno. Abends: „Die Zauberflöte.“ Große Oper von W. A. Mozart. Montag, den 23. Januar: „Unsere! Unsere! Taifun“, Drama von Melchior Lengyel. Dienstag, den 24. Januar: „Fidelio“, Große Oper von Beethoven. Mittwoch, den 25. Januar: „Ein Walzerträum“, Operette von Oscar Straus. Donnerstag, den 26. Januar: „Zopf und Schwert“, Lustspiel von Karl Gutzkow. Freitag, den 27. Januar: „Die Meistersinger von Nürnberg“, Oper von Richard Wagner. Sonnabend, den 28. Januar: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Komödie von O. Nicolai. Sonntag, den 29. Januar, abends: „Carmen“, Oper von Bizet.

Stadttheater. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr: Großes Gastspiel des Wissenschaftlichen Theaters der „Urania“ in Berlin. Abends: „Die Pyramiden“. Studienreise in Wort und Bild. Abends: „Gastspiel Carl William Böller. Montag, den 23. Januar, abends: „Gastspiel des Wissenschaftlichen Theaters der „Urania“ in Berlin. Cairo und die Pyramiden“. Dienstag, den 24. Januar: „Gastspiel der Pariserie“. Amerikanisch-Franz. Sketch-Company. Neul. Repertoire. „Tantalus qualen“, Schwant. Neul. „Pöller-abend“. Schwant. Neul. Sonnabend, den 28. Januar: „Gastspiel der Pariserie“, Amerikanisch-Franz. Sketch-Company. „Tantalus qualen“, Schwant. „Pöller-abend“, Schwant. Sonntag, den 29. Januar: „Gastspiel der Pariserie“, Amerikanisch-Franz. Sketch-Company. „Tantalus qualen“, Schwant. „Pöller-abend“, Schwant.

Im Vorbereitung: Neul. „Revolutionshochzeit“. Schauspiel von Sophie Michaelis. „Die Wölfe“, Musidrama von Ric. Wagner.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Ch. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & So. Sämtlich in Lübeck.

Neu! Kreuzstern MAGGI Königin Suppe der Würfel für 2—3 Teller 10 Pf. — eine vorzügliche legierte Suppe — Kochanweisung auf jedem Würfel.



Markmann & Meyer

Am Montag beginnt unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

In allen Abteilungen bedeutende Preis-Ermässigung.

Ein Restposten

Unterröcke

Halbtuch, Satin, Wolle, Seide
erheblich im Preise herabgesetzt.

Gestrickte Damen-Zephir-Jacken

Serie I 65 48, Serie II 75 48, Serie III 95 48
Wert teils das Doppelte.

Gestrickte Kinder-Jacken

weiß, rosa und
normalfarbig
Serie I Serie II Serie III Serie IV
Wert bis 48 48 bis 60 48 bis 70 48 bis 110 48
jetzt 25 48 jetzt 35 48 jetzt 45 48 jetzt 65 48

Ein Posten beschädigte

Normal-Hemden und -Hosen

— teils Webefehler, teils angestäubt —
bis zur Hälfte des Wertes.

Barchent-Arbeiter-Hemden

in dunkel und hell gestreift.

Wollene Schlafdecken

wegen andauernd milder Witterung

20% Ermässigung.

Herren- und Knaben-Garderoben.

Ohne jede Rücksicht auf die großen Verluste verkaufen wir der unbedingten totalen Räumung wegen zu bedeutend herabgesetzten Preisen, vielfach bis zur Hälfte der früheren Verkaufspreise:

Wert bis 40.— 19.— 28.— 13.50 M.

jetzt 15.— 13.50 19.— 7.50 M.

Herren-Paletots jetzt 25.50 21.— 16.— 12.00 M.

Loden-Joppen, bestes Fabrikat, 25 % herabgesetzt.

Restbestand Knaben-Anzüge zum Aussuchen, alle Größen und Fassons,

Wert bis 9.00 bis 8.50 bis 6.00 bis 4.50 M.

jetzt 5.50 4.50 3.50 2.95 M.

Restbestände Knaben-Blusen und Hosen

zum Aussuchen, so lange der Vorrat reicht, 95 48

Bei der Inventur herabgesetzte Gerstenkorn-Handtücher

mit roter Borde

47 X 100 fertig gesäumt und gebändert Stück 35 48
48 X 110 extra schwer jetzt Stück 40 48
50 X 110 extra prima jetzt Stück 65 48
Wert bedeutend höher.

Damen-Taschentücher mit farbiger Borde

35/35 Wert 30 48 45/45 Wert 40 48

jetzt 24 48 jetzt 30 48

Damen-Taschentücher, weiß Wert 20 25 48

jetzt 15 20 48

Farb. Leinen-Herrentücher 45/48 Wert 20 48

jetzt 15 48

Schürzen

Mieder-Schürzen m. Volant 1.85 . . jetzt 98 48
Schal-Schürzen 1.50 jetzt 1.20
Blusen-Schürzen 1.75 jetzt 1.35
Kleider-Schürzen 1.75 jetzt 1.45
Kleider-Schürzen mit Blende 1.65 . . jetzt 1.35
Kleider-Schürzen ohne Volant 1.45 . . jetzt 1.20

Ferner 3 Serien
Blüs., Schal-, Prinzel- u. Mieder-Schürzen

nur beste Stoffe und Fassons.
Serie I 3.25 Serie II 2.75 Serie III 2.45
jetzt 2.75 2.25 1.95

Kinder-Schürzen 38 25 48
Kinder-Kimono-Schürzen 1.10 . . jetzt 88 48
Tändelschürzen türkisch mit Träg. 95 48 jetzt 65 48
Tändelschürzen weiss mit Träger 95 48 jetzt 75 48

Damen-Wäsche

Ca. 400 einzelne Stücke
Hemden, Beinkleider, Nachtkleider,
teils angestäubt,
bedeutend im Preise reduziert.

Handschuhe - Strümpfe

Damen-Handschuhe
farbig Trikot, 2 Knopf jetzt 38 48
Damen-Handschuhe
moderne Farben, gefüttert jetzt 48 48

Damen-Strümpfe reine Wolle, 1.20 . . jetzt 98 48

Ein Posten wollgemischte Paar nur 48 48

Herren-Socken grau, 90 48 jetzt 78 48

Herren-Socken 85 48 jetzt 65 48

Schwarze Sammet-Gürtel mit hübschen
Schlössern, zum Aussuchen Stück 88 48

Farbige Gürtel zurückgesetzt Serie I Serie II
Stück 25 48 10 48

Ein Stickerei Kupon 4.10 Meter
Posten Wert 1.85 jetzt 98 48

Tüllstoffe für Einsätze Meter 75 48
Wert bedeutend höher.

Kinderhäubchen u. -Kappen

Weisse u. farbige Garnituren

im Preise durchweg herabgesetzt.

Rückenkissen teils für halben Wert.

Damen- und Kinder-Konfektion.

Restbestände Damen-Paletots blau und farbig, 100—110 cm lang
ca. 30 Stück Wert bis 11.50 jetzt 6.50 M. ca. 15 Stück Wert 9.50 für 5.75 M.

Restbestände schwarze Frauen-Paletots Hänger und anschließend
nur neue Herbstware, durchweg jeder Paletot 25 % herabgesetzt.

Restbestände Kinder-Jacken und -Mäntel hierunter hübsche
Sammet- und Cord-Mäntel in braun, blau und grün 20 % herabgesetzt.

ca. 40 blaue Jacken für das Alter von 11—14 Jahren, Wert bis 15 M.

Zur Total-Räumung ein Posten Sommerjacken zu Verlustpreisen.

Restbestände Kinderkleider, Hänger- u. Blusenkleid, im Preise herabgesetzt.

Schwarze Satin-Kostümröcke bestes Fabrikat, 30 % herabgesetzt.

Farbige Kostümröcke Falten und glatte Form 3.50 2.85 1.95 M.

Barchent-Blusen Seiden- u. Woll-Blusen auf Futter
jetzt 1.75 1.38 95 48 jetzt 9.50 7.50 5.75 4.90

Ein Posten bei der Inventur weit herabgesetzter
einzelner Tischtücher

von den geringen bis zu den feinsten Qualitäten.
Größe 95/95 100/150 120/180 115/150/60 130/160

Wert 1.20 1.65 1.70 2.25 3.25 3.75
jetzt 85 48 1.25 1.35 1.60 1.95 2.45 2.95

Teller- u. Gläsertücher

weiß mit Borde und rot kariert

Wert 15 bis 58 48

jetzt 35, 25, 12, 10 48

Fertige Betttücher

ohne Naht, H'leinen, volle Breite
jetzt 2.95, 2.65, 2.45, 1.95, 1.75, 1.52 M.

Servietten

Größe 60X60, Wert 50 48, jetzt 38 48

1/2 Dizd. 1.75, sonst 2.95 M.

Ferner gelangen zur unbedingten Räumung:

Große Restbestände:

zu einem 100 Meter.

Ferner alle Bestände im Eisen-Betten und Bettwaren für Erwachsene und Kinder.

Trotz enormer Heraussetzung der Preise geben wir während der Ausverkaufstage noch Rabattmarken.

Einfarbige Kleiderstoffe für Konfirmationszwecke. — Schwarze Stoffe. —
Bessere Kostümstoffe. — Engl. Kostümstoffe. — Blusenstoffe. — Woll-
musseline. — Waschstoffe. — Zephir. — Halbfertige Roben u. Blusen. —
Haustücherstoffe. — Halb- und Reineinen für Betttücher. — Gardinen.